

# Hessen sozial

**DIE LINKE.**

Für soziale Gerechtigkeit in Hessen: Menschen vor Profite!  
Programm zur Landtagswahl am 27. Januar 2008



# Inhalt

<b>Präambel</b> .....	5	<b>V. Klima und Umwelt schützen, Verkehr sozial gestalten</b> .....	16
– SPD und Grüne sind keine Alternative		– Der Werra droht der Kali-Tod	
– DIE LINKE.Hessen – das soziale Gegengewicht		– Keine Erweiterung der hessischen Flughäfen	
– Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme gegen Koch, für den Politikwechsel		– Bahn und ÖPNV müssen besser und billiger werden	
		– Stärkung des ÖPNV	
<b>I. Für ein hessisches Aktionsprogramm »Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit«</b> .....	7	– Die Verkehrsbelastung für die Menschen reduzieren	
a) Nachhaltige Investitionen für 25.000 zusätzliche Arbeitsplätze		– Für ökologischen Landbau und gegen Gentechnik	
b) Lohndumping verhindern – Mindestlohn statt Armutslohn		– Wald- und Forstwirtschaft als Ressourcenschutz	
c) Arbeitszeit verkürzen und tarifliche Standards einhalten		– Tierschutz	
d) Reguläre Arbeit statt 1-Euro-Jobs		<b>VI. Endlich mehr Demokratie wagen</b> .....	19
e) HessenCard		– Volksbegehren und Volksentscheid	
f) 20.000 Lehrstellen und zusätzliche Arbeitsplätze für Jugendliche schaffen		– Bürgerrechte und Mitbestimmung ausbauen	
		– Datenschutz und Privatsphäre	
<b>II. Für eine Sozialpolitik, die die Menschen schützt</b> .....	8	– Kommunale Selbstverwaltung stärken	
– Unterstützung von Erwerbslosen		– Nein zu dieser Föderalismusreform	
– Bezahlbarer Wohnraum für alle		– Für eine zukunftsfähige Migrations- und Integrationspolitik	
– Mieterschutz verbessern		– Ministerium für Migration und Integration	
– Gesundheit darf keine Ware sein		– Chancengleichheit verwirklichen	
– Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen		– Politische Partizipation als eine Demokratiefrage	
– Gewalt gegen Frauen stoppen		– Flüchtlinge brauchen Schutz – das Recht auf Asyl erhalten	
– Für die Gleichberechtigung von Lebensweisen		– Menschen aus der Illegalität holen	
– Würdiges Leben im Alter		– Neofaschismus bekämpfen	
– Menschen mit Behinderungen wirksam unterstützen		– Friedenspolitik in Hessen	
– Drogenpolitik		– Politik mit den Menschen	
<b>III. Öffentliche Daseinsvorsorge sichern und ausbauen</b> .....	11	<b>VII. Finanzierung sicherstellen</b> .....	23
– Stabile und niedrigere Preise für Gas und Strom		– Politik mit den Menschen	
– Privatisierung ist Diebstahl am Eigentum der Bürgerinnen und Bürger		<b>Fachliche Anhänge</b> .....	24
– Kein Ausverkauf öffentlicher Einrichtungen		<b>Drogenpolitik: Für rationale und humane Veränderungen</b> .....	24
– Keine Projekte in Public-Private-Partnership (PPP)		<b>10 Punkte für ein ökologisches Hessen: Mensch, Tier und Natur vor Profit!</b> .....	25
– Keine Privatisierung der hessischen Sparkassen			
– Keine Privatisierung der Deutschen Bahn			
– Ausverkauf der Telekom stoppen – Privatisierung rückgängig machen			
– Stopp der Wirtschaftskriminalität			
– Für eine Verkürzung der Ladenöffnungszeiten			
– Für Medienvielfalt und freien, demokratischen Zugang			
– Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks			
– Verhinderung von Medienkonzentration			
– Demokratisierung digitaler Kommunikation			
– Stärkung von Medienkompetenz			
– Kultur für alle			
<b>IV. Gute Bildung und gleiche Bildungschancen für alle</b> .....	13		
– Ein Anrecht auf kostenlose Krabbelstuben-, Kita- und Kindergartenplätze			
– Bildung von Anfang an			
– Längeres gemeinsames Lernen			
– Gegen Aussonderung in Förderschulen			
– Lernen in Ganztagschulen			
– Bildungschancen für alle			
– Pädagogen bilden, motivieren, anerkennen			
– Berufliche Bildung verbessern			
– Weg mit den Studiengebühren – die Rechte der Studierenden wahren			
– Lebenslanges Lernen möglich machen			



# Präambel

Hessen ist ein reiches Land. Aber inmitten des Reichtums wachsen neue Armut und Zukunftsängste. Ein sozialer Riss geht durch Hessen. Die Kluft zwischen reich und arm, zwischen den herrschenden Eliten und der großen Mehrheit, zwischen Stadt und Land, zwischen Nord- und Südhessen wächst, und mit ihr wächst die Ungleichheit der Lebenschancen. Mit ihr wächst auch die soziale Ungerechtigkeit.

Auch in Hessen ist mit der Partei DIE LINKE eine Alternative zu den herrschenden Parteien entstanden. Dem kapitalistischen System, das Profite vor Menschen stellt, hält DIE LINKE die Idee eines demokratischen Sozialismus entgegen. Wir streben eine andere Gesellschaftsordnung an, in der Freiheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit elementare Grundwerte sind.

Die hessische Landesregierung unter Roland Koch (CDU) zieht eine Spur der sozialen Verwüstung nach sich. Mit ihrer Operation »Sichere Zukunft« hat sie den Sozialstaat jährlich um eine Milliarde Euro geschrumpft. Sie

- privatisiert öffentliche Einrichtungen: Krankenhäuser und Uni-Kliniken, Gefängnisse, Verwaltungsgebäude; und sie plant dies für Wohnungsbaugesellschaften;

- baut Bildung ab: durch eine vorgegaukelte »Unterrichtsgarantie« mit nicht ausgebildeten Vertretungskräften, übervollen Klassen, Schließung und Zusammenlegung von Schulen, verschärften »Querversetzungen« und durch die verfassungswidrige Einführung von Studiengebühren. Bildung wird damit zu einem Luxusgut für Besserverdienende;

- kürzt bei sozialen Dienstleistungen: weniger Geld für Schuldnerberatung, Frauenhäuser, Betreuung HiV-Positiver, Erziehungsberatung, Hilfe für Obdachlose und ambulante Drogenhilfe, Jugend- und Familienhilfe, weniger Geld für Beschäftigungsförderung für Frauen;

- lässt es zu, dass ältere Menschen vielfach in Armut gestürzt oder in Heimen mit unzureichender Ausstattung menschenunwürdig verwahrt werden;

- missachtet den Umweltschutz durch den Ausbau des Frankfurter Flughafens und des Flughafens Kassel-Calden, des Kohlekraftwerks Großkrotzenburg sowie durch die Einstellung der Förderung erneuerbarer Energien und propagiert stattdessen den Weiterbetrieb und Neubau von Atomkraftwerken;

- baut die Rechte der öffentlich Beschäftigten ab und senkt deren Einkommen: Erhöhung der Wochenarbeitszeit für Beamte auf 42 Stunden, Kürzung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes, Austritt aus dem Tarifverbund der Länder, Einschränkung der Mitbestimmungsrechte der Personalräte, Personalabbau in öffentlichen Einrichtungen;

- betreibt Sündenbockpolitik und nährt Fremdenfeindlichkeit, mit Wahlkämpfen, die Migrantinnen und Migranten ins politische Abseits drängen. So 1999 mit der Unterschriftensammlung gegen die Erleichterung der Einbürgerung (»Doppelpass«), so 2006 mit einem entwürdigenden Fragebogen an Einbürgerungswillige (»Einbürgerungstest«).

Die »Leuchttürme« Roland Kochs und seiner CDU-Regierung signalisieren Verschleuderung öffentlichen Eigentums, Tarifbruch, Lohnraub, Arbeitsplatzvernichtung, soziale Unsicherheit, Abbau demokratischer Rechte, und sie signalisieren höhere Profite und Steuergeschenke für die Reichen. Koch & Co. berufen sich auf die Demokratie und bauen zugleich Mitbestimmungsrechte und Bürgerrechte ab, um den Einfluss und den Widerstand von Gewerkschaften, aber auch von Naturschutzverbänden, Bürgerinitiativen, Studierendenvertretungen

und anderen demokratischen Organisationen und Bewegungen zu schwächen. Ihre Politik der Deregulierung und Privatisierung zerstört das Familien- und Gemeinschaftsleben sehr vieler Menschen.

Noch immer haben Frauen bei gleichen oder sogar besseren Qualifikationen schlechtere berufliche Chancen und geringere Bezahlung. Nach wie vor müssen Frauen häufig zwischen Kindern und Beruf entscheiden. Arbeitszeiten werden liberalisiert und ausgeweitet, Betreuungsangebote für Kinder und pflegebedürftige Menschen reichen nicht aus. Die Betreuungsentscheidung fällt aus wirtschaftlichen Gründen fast immer auf die Frau. Mit der Einführung von Hartz IV haben insbesondere Frauen ihren eigenständigen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe verloren. Statt Abhängigkeitsstrukturen abzuschaffen, werden sie politisch verstärkt. Daher fordern wir gesetzliche und gesellschaftliche Strukturen, die allen Frauen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

DIE LINKE.Hessen tritt unnachgiebig für den Erhalt der fortschrittlichen Elemente der Hessischen Verfassung ein, die die Koch-Regierung – bislang vergeblich – beseitigen wollte. Neben vielem anderen stehen die dort festgeschriebenen Schulgeld-, Studiengebühren- und Lernmittelfreiheit unter ständigem Angriff der konservativen Kräfte.

## **SPD und Grüne sind keine Alternative**

Die FDP macht kein Geheimnis daraus, dass sie Kochs Kurs des Sozialabbaus und des Ausverkaufs öffentlicher Betriebe und Dienste unterstützt und nur mehr davon will. Aber auch SPD und Grüne unterstützen Kochs Kurs der sozialen Ungerechtigkeit durch ihre Politik im Bundestag tatkräftig. Gemeinsam haben diese Parteien in den vergangenen Jahren den Sozialstaat schwer beschädigt und gesellschaftlichen Reichtum von unten nach oben verteilt. Die SPD/Grüne Regierung Schröder/Fischer durch die »Agenda 2010« und dabei insbesondere durch die Einführung des SGB II (Hartz IV). Heute ist es die große Koalition von CDU/CSU und SPD (Merkel/Müntefering), die den Ruin des Sozialstaats immer schneller vorantreibt: Rente mit 67, Gesundheitsreform, Nullrunden für Rentner, Unternehmenssteuerreform usw. Öffentliche Daseinsvorsorge und Versorgungs- und Verkehrsbetriebe werden privatisiert und damit einer politischen Gestaltung durch demokratisch gewählte Abgeordnete entzogen.

Andrea Ypsilanti, die Spitzenkandidatin der SPD zur Landtagswahl, hat als Mitglied im Parteivorstand der Bundes-SPD die sozial ungerechte arbeitnehmerfeindliche Politik Schröders und Münteferings unterstützt. Ihr »Linkskurs« ist bis zum Beweis des Gegenteils reine Wahltaktik. Mit den Hartz-Gesetzen, die von der Rot-Grünen Bundesregierung durchgesetzt wurden und für die Roland Koch selbst ein Stichwortgeber war, wurde Armut per Gesetz eingeführt. Mit der »Rente mit 67« werden Millionen Menschen die Renten gekürzt. Gemeinsam mit Koch hat der heutige Finanzminister Steinbrück (SPD) ab 2008 neue Steuergeschenke an die Großunternehmen in Milliardenhöhe ausgehandelt. Durch die weitere Absenkung der Unternehmenssteuern werden dem Land Hessen jährlich etwa 200 Millionen Euro entzogen.

Statt Chancengleichheit zu fördern, vergrößern CDU, SPD, Grüne und FDP die Kluft zwischen oben und unten, zwischen den Reichen und der großen Mehrheit. Niedriglohnbeschäftigung, Leih- und Zeitarbeit breiten sich immer mehr aus. Große Teile der Bevölkerung wenden sich von der Teilnahme an der demokratischen Willensbildung ab.

Diese Entwicklung muss gestoppt und umgekehrt werden!

Der Sozialstaat in Deutschland muss wieder aufgebaut werden. Wer weiß, dass er bei Krankheit gut versorgt wird, wer einen gesicherten Lebensstandard im Alter hat und wer im Falle von Arbeitslosigkeit geschützt ist, kann seine Zukunft besser planen. In einer Gesellschaft, die immer reicher wird, kann Armut nicht hingenommen werden. Altersarmut ist durch die sogenannten Rentenreformen programmiert. Die gesetzliche Rentenversicherung muss wieder ein würdiges Leben im Alter ermöglichen. Die Enteignung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Hartz IV muss rückgängig gemacht werden.

### **DIE LINKE.Hessen – das soziale Gegengewicht**

Für mehr soziale Gerechtigkeit braucht Hessen ein Aktionsprogramm. DIE LINKE.Hessen tritt ein für:

- ein sozial-ökologisches Beschäftigungsprogramm durch Sanierung und Ausbau der Bereiche Bildung, Kultur und Verkehr; durch Ausbau von Kitas, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen; durch umfassenden Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs zu einem hessischen Gesamtnetz;
- den Stopp der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und die Rückverwandlung bereits privatisierter Einrichtungen in öffentliches Eigentum. Gesundheit, Bildung, Verkehr, Wasserversorgung, Elektrizitäts- und andere Energieversorgung sowie kulturelle Einrichtungen dürfen nicht den Prinzipien von Profit und Konkurrenz unterworfen werden;
- eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni (Rücknahme der Studiengebühren, Ersetzung der »Unterrichtsgarantie Plus« durch die ausreichende Einstellung von Lehrkräften), für kleine Klassen und eine echte Förderung in Ganztagschulen, die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch eine landespolitische Initiative »eine Lehrstelle für jede(n)« (qualifizierte Lehrstellen für alle arbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen);
- eine Initiative gegen Altersarmut und Notlage von Behinderten und Kranken sowie Schutz gegen unzureichende Pflege in Altenheimen durch Qualitätssicherungskontrollen.

Diese Sofortmaßnahmen kosten Geld. Mit der Einführung von Steuern auf große Vermögen und Erbschaften sowie auf Börsenumsätze können die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Erhebliche Mittel können auch durch den Verzicht auf überflüssige Prestigeprojekte und umweltschädliche Verkehrsbauten umgeschichtet werden.

Die Pläne zu einer Föderalismus-Reform II lehnen wir ab. Die darin vorgesehene Einschränkung der Finanzsouveränität der Länder geht zu Lasten der ärmeren Länder, vergrößert das regionale Wohlstandsgefälle und soll die Länderregierungen zu weiteren Ausgabenkürzungen zwingen. Dies in einer Zeit, in der Massenarbeitslosigkeit eine aktive Konjunkturpolitik des Staates erfordert.

Soziale Gerechtigkeit heißt für uns auch Umweltgerechtigkeit. Die Folgen von Produktion und Verkehr dürfen nicht zu Lasten derer gehen, die sich keine »Luxusökologie« leisten können. Wir stehen für eine soziale Ökologie, die auch Menschen mit kleinen Einkommen eine lebenswerte Umwelt und Arbeitswelt schafft.

### **Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme gegen Koch, für den Politikwechsel**

DIE LINKE ist eine neue politische Kraft. Sie will zur Erneuerung demokratischer Willensbildung beitragen. Gemeinsam mit anderen in Gewerkschaften, Kirchen, Hochschulen, Verbänden und Bürgerinitiativen streiten wir für eine solidarische, sozial gerechte und friedliche Politik. Wir wollen helfen, die Schwachen vor den Starken zu schützen. Die Grundversorgung der Bevölkerung gehört in gesellschaftliche Verantwortung.

Arbeit ist für die Menschen existenzielle Grundlage und Voraussetzung für ihre individuelle Entfaltung. Es ist nicht hinnehmbar, dass Millionen arbeitslos und ohne Lebensperspektive sind. In skandalöser Weise hat die Politik von Rot-Grün und der Großen Koalition auf Bundesebene dafür gesorgt, dass die Löhne sinken. Ein gesetzlicher Mindestlohn wird verweigert, befristete Arbeitsverträge wurden erleichtert, Leiharbeit und Scheinselbstständigkeit nehmen zu. Arbeitszeitverlängerungen ohne Bezahlung, Renten- und Sozialkürzungen werden Umbau des Sozialstaats genannt.

Dies haben Union, SPD, Grüne und FDP zu verantworten. In der Bevölkerung gibt es aber keine Mehrheit für diese Politik.

Es wird Zeit, dass eine Partei in den Landtag einzieht, die für Solidarität, politische Freiheiten und soziale Gerechtigkeit steht; eine Partei, die eine klare Alternative zum herrschenden Neoliberalismus und zur Politik der bisher im Hessischen Landtag agierenden Parteien bietet. Viele soziale und politische Proteste im Lande haben sich zu beachtlichen Bewegungen entwickelt. Mit dem Einzug linker Fraktionen in die hessischen Kommunalparlamente haben diese erstmals wieder eine parlamentarische Stimme erhalten. Die Zeit ist reif, dass dies auch im Landesparlament geschieht.

Wir stehen für die Ablösung von Koch im Landtag bereit. Nur mit uns ist ein politischer Wechsel überhaupt möglich, denn vom Einzug der LINKEN in den Landtag hängt es höchstwahrscheinlich ab, ob Koch mit der FDP eine Mehrheit bekommt. Alle anderen Parteien – außer der LINKEN – stehen bereit, im Bedarfsfall mit Koch zu koalieren. Wer SPD oder GRÜNE wählt, um Koch loszuwerden, kann sich deshalb leicht als unfreiwillige Unterstützer/in einer neuen Regierung Koch wiederfinden. DIE LINKE will den Politikwechsel in Hessen. Sie wird dafür kämpfen, dass Menschen vor Profite kommen.

# I. Für ein hessisches Aktionsprogramm »Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit«

So viele Arme wie heute gab es in Hessen noch nie seit dem Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg. Obwohl Hessen eines der reichsten Bundesländer ist. Trotz hoher Zuwachsraten ist der Aufschwung bei den meisten Menschen nicht angekommen. Das Land ist sozial tief gespalten. Armutslöhne, Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, fehlende Ausbildungsplätze und ein Schulsystem, das soziale Auslese betreibt, gehören zur bitteren Realität inmitten des Reichtums. Die Kinderarmut steigt dramatisch. Alleine in der Bankenstadt Frankfurt ist jedes dritte Kind arm. Im hessischen Durchschnitt ist der Anteil kaum geringer. Diese Zustände sind menschlich und gesellschaftlich unerträglich. Deshalb wollen wir in Hessen ein Sofortprogramm gegen Armut. Dafür schlagen wir vor:

## **a) Nachhaltige Investitionen für 25.000 zusätzliche Arbeitsplätze**

Wir wollen durch die Investition von einer Milliarde Euro jährlich 25.000 zusätzliche Arbeitsplätze in Hessen schaffen. Strukturell möchten wir mit den Investitionen die soziale Infrastruktur verbessern, das Bildungssystem ausbauen und einen Beitrag zum Umwelt- und Ressourcenschutz leisten. Dadurch sollen der Energieverbrauch und der CO<sub>2</sub>-Ausstoß eingeschränkt, der öffentliche Nahverkehr und das Radwegenetz ausgebaut sowie umweltfreundliche Energieträger und die Gebäudesanierung beschleunigt werden. Neben Fördermaßnahmen soll die Öffentliche Hand in Hessen ihre Vorbildfunktion wahrnehmen und ihre Gebäude sanieren. Diese Maßnahmen nutzen der Umwelt, steigern die Lebensqualität der Menschen und reduzieren die Armut.

## **b) Lohndumping verhindern – Mindestlohn statt Armutslohn**

Die »Arbeitsmarktreformen« der Regierung Schröder/Fischer haben die Vernichtung zigtausender sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze begünstigt. Stammpersonal wurde durch geringfügig bzw. befristet Beschäftigte ersetzt und damit die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme gefährdet. In Hessen arbeitet heute etwa jeder siebte Beschäftigte im Niedriglohnbereich. Die Betroffenen sind arm trotz Arbeit. Das darf nicht so bleiben. Wer Vollzeit arbeitet, muss auch von seiner Arbeit leben können. Darum werden wir alles tun, um Lohndumping zu verhindern. Wir fordern einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von mindestens acht Euro. Hierzu soll durch das Land Hessen eine Gesetzesinitiative im Bundesrat erfolgen. Wenn die Bundesregierung nicht handelt, werden wir uns für einen hessischen Mindestlohn in dieser Höhe einsetzen.

In den Branchen, in denen mehrere Tarifverträge zur Anwendung kommen – wie zum Beispiel in der Ver- und Entsorgung, den Postdienstleistungen und dem ÖPNV – wird ein repräsentativer Tarifvertrag durch die Politik zum Referenztarifvertrag als allgemeinverbindlich erklärt. Die Einhaltung der Tarifverträge wird kontrolliert, Verstöße führen zum Verlust des Auftrags und zum Ausschluss der Teilnahme an weiteren Vergaben.

## **c) Arbeitszeit verkürzen und tarifliche Standards einhalten**

Die Hessische Landesregierung hat die Arbeitszeit der Beschäftigten im Land Hessen ohne Lohnausgleich von 38,5 auf 42 Stunden erhöht und die tariflichen Standards durch Austritt aus der Tarifgemeinschaft der Länder verschlechtert. Dadurch hat sie in Hessen 20.000 Arbeitsplätze vernichtet

und die Löhne und Gehälter im Verhältnis zur erbrachten Arbeitszeit drastisch abgesenkt. Dies führt dazu, dass in vielen Bereichen, insbesondere in den Schulen und bei der Polizei, die Arbeitsbelastung das Zumutbare überschritten hat. Die Qualität der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger wird dadurch zwangsläufig verschlechtert.

Wir fordern:

- Wiedereintritt des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder, und dadurch auch die Wiederherstellung der Arbeitszeit nach den tariflichen Standards.
- Verringerung der Arbeitszeit auf 38,5 Stunden auch für die Beamtinnen und Beamte.

## **d) Reguläre Arbeit statt 1-Euro-Jobs**

Wir wollen eine hessenweite ergänzende Finanzierungsinitiative für reguläre Arbeit zur Verhinderung von 1-Euro-Jobs. Der Einsatz von 1-Euro-Jobbern führt nicht zur Entstehung neuer Arbeitsplätze, er hat im Gegenteil massenhaft zum Abbau regulärer Arbeitsplätze geführt. Diese diskriminierende Form der Arbeit ist in einem Bundesgesetz geregelt. Wir wollen durch Kofinanzierung den Kommunen und Landkreisen ermöglichen, an die frühere Förderpraxis anzuknüpfen, und wieder einen dauerhaft finanzierten öffentlichen Beschäftigungssektor bei tarifgerechter Entlohnung schaffen und damit die 1-Euro-Jobs verdrängen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass bei der Vergabe aller öffentlichen Aufträge den Arbeitnehmern Tariflöhne gezahlt werden (Tariftreuegesetz) sowie das Engagement bei der Ausbildung und die Einhaltung sozialer Standards Berücksichtigung finden.

## **e) HessenCard**

Der HessenCard soll allen Bezieherinnen und Beziehern von Sozialleistungen sowie denjenigen, die wegen der rigiden Vermögensanrechnung keine Sozialleistungen erhalten, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Dazu gehört die unentgeltliche Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs sowie der öffentlichen Sport- und Kultureinrichtungen. Die Card schließt auch den kostenlosen Zugang zu Krippen- und Kindergartenplätzen, Schulspeisung, die vollständige Lernmittelfreiheit, den kostenfreien Zugang zu den Hochschulen sowie Unterstützung bei der Finanzierung von Gesundheitsleistungen ein. Dieses gilt, so lange keine weiterreichenden Maßnahmen durchgesetzt sind. Soweit die HessenCard kommunale Leistungen mit abdeckt, werden die Mehrkosten der Kommunen aus Landesmitteln finanziert.

## **f) 20.000 Lehrstellen und zusätzliche Arbeitsplätze für Jugendliche schaffen**

Der Lehrstellenmangel in Hessen hat sich in der Regierungszeit Roland Kochs drastisch vergrößert. Die Zahl der Jugendlichen, die leer ausgingen, stieg in diesem Zeitraum von 5.000 auf rund 20.000 an. Das ist ein Skandal. Jugendlichen ohne Ausbildung und ohne Aussicht auf eine qualifizierte, tariflich bezahlte Arbeit droht lebenslange Armut. DIE LINKE fordert, dass beim Land Hessen mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden und jungen Menschen eine Perspektive gegeben wird. Darüber hinaus treten wir ein für eine landesweite Initiative mit dem Ziel, mindestens 20.000 zusätzliche Lehrstellen zu schaffen. Lehrgänge zur Berufsfindung sind kein Ersatz für eine Ausbildung. Betriebe müssen angemessene Ausbildungsplätze (sieben Prozent der Belegschaft) bereitstellen. Um nichtausbildende Betriebe zur Beteiligung daran anzuhalten,

soll das Land Hessen im Bundesrat die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage anregen; hat dies keinen Erfolg, ist eine hessenweite Arbeitgeber-Berufsbildungsumlage einzuführen. Wer nicht ausbildet, soll zahlen! Die Möglichkeit der finanziellen Absicherung von Auszubildenden, die außerhalb des elterlichen Haushalts leben, ist wiederherzustellen; sie hat sich seit Einführung des SGB II drastisch

verschlechtert, weil jetzt bei Vermittlung in eine Ausbildungsstelle oder weiterführendem Schulbesuch der Anspruch auf Grundsicherungsleistungen sofort erlischt. Unter diesen Umständen müssen viele junge Menschen ihre Ausbildung abbrechen, was gerade bildungspolitisch katastrophale Auswirkungen hat und das Gerede von »Fordern und Fördern« ad absurdum führt.

## II. Für eine Sozialpolitik, die die Menschen schützt

Mit der »Operation sichere Zukunft« hat die CDU-Landesregierung ein gigantisches Sparprogramm zu Lasten von sozialen, karitativen und Frauenverbänden durchgesetzt. Eine Milliarde Euro pro Jahr wurde gestrichen. Für den Erhalt und Ausbau des Sozialstaates ist es unabdingbar, Frauenhäuser, Erziehungsberatungsstellen, Arbeitslosenberatungen, Schuldnerberatungen, Verbraucherberatung, Jugendhilfe und Volkshochschulen mit öffentlichen Mitteln zu fördern. Wir wollen den Stopp der »Operation (un)sichere Zukunft«. Erfolgte Zuschuss- und Sozialkürzungen sind rückgängig zu machen; die Institutionen sind finanziell und personell ihrer enormen Bedeutung entsprechend angemessen auszustatten. Die Verbraucherberatung muss ein solides Finanzierungskonzept erhalten. Wir fordern (im Einklang mit den Verbraucherberatungsstellen) eine Basisfinanzierung von 1 Euro je Einwohner pro Jahr durch die öffentliche Hand.

### Unterstützung von Erwerbslosen

In Hessen arbeiten die so genannten Optionskreise, die Arbeitsgemeinschaften in den Kreisen und Städten sowie die Arbeitsagenturen weitgehend unabgestimmt nebeneinander. Bei der Förderung und Unterstützung der arbeitslosen Menschen führt dies zu unnötigen Konkurrenzen und zu regional verschiedenen Förderprogrammen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Sozialleistungsträger durch ein Hessisches Informationsfreiheitsgesetz (IFG) zu mehr und besseren Informationen an die Leistungsberechtigten verpflichtet werden.

Zusätzlich fordern wir die materielle Unterstützung von Erwerbslosen-Initiativen und -Verbänden für ihre Beratungstätigkeit und Integrationsarbeit. Weiterhin wollen wir die Entwicklung berufsspezifischer Weiterbildungsmaßnahmen, um die Reintegration von BerufsrückkehrerInnen und Langzeiterwerbslosen in den Arbeitsmarkt individuell zu sichern.

### Bezahlbarer Wohnraum für alle

Wohnen ist elementar für ein menschenwürdiges Leben. Doch besonders in Ballungsräumen ist bezahlbarer Wohnraum schwer zu finden. Eine aktive Wohnungspolitik der Öffentlichen Hand ist deshalb unverzichtbar. In Hessen fehlen mehrere hunderttausend Wohnungen, insbesondere im Rhein-Main-Gebiet. Verschärft wird dieses Problem dadurch, dass immer mehr Menschen in Nordhessen gezwungen sind, abzuwandern, weil sie dort keine Arbeit finden. Leerstand in den Kommunen dort steht Wohnungsnot in Südhessen gegenüber. Überhöhte Mieten überfordern oft sogar Normalverdienende.

Hinzu kommen deutlich gestiegene Nebenkosten und Energiepreise. Für Menschen mit Kindern und geringerem bis durchschnittlichem Einkommen ist die Situation auf dem Wohnungsmarkt in den größeren Städten häufig aussichtslos.

Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus wurde in Hessen praktisch eingestellt. Wohnungsbaugesellschaften wurde die Gemeinnützigkeit entzogen. Die Zweckentfremdungsverordnung gegen die Umwandlung in Büros wurde abgeschafft.

Immer mehr Sozialwohnungen fallen aus der Sozialbindung. Die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften können eine wichtige Rolle bei der Erhaltung bezahlbaren Wohnraums spielen. Die Landesregierung versucht jedoch, den »Marktwert« der Unternehmen durch Mietsteigerungen und Einsparungen beim Service zu steigern. Die Folge ist: Große Investoren wie Fortress, Terra Firma, Annington, Cerberus und Lone Star sind dabei, zahlreiche öffentliche Wohnungen aufzukaufen. Diese Käufe und Börsengänge machen aus ihrer Sicht nur Sinn, wenn die Mieten mittelfristig kräftig steigen oder die Wohnungen teuer weiterverkauft werden können. Die Politik der Landesregierung öffnet diesen »Heuschrecken« die Tür. Und die Bundesregierung hat durch die Zulassung spezieller spekulativer Immobilienfonds (REITS) ihren Teil dazu beigetragen.

### Mieterschutz verbessern

Um Mietwucher zu verhindern und überhöhte Mieten zu unterbinden, werden wir auf alle Kommunen einwirken, einen verbindlichen Mietspiegel zu erstellen. Die kommunalen Wohnraumsicherungssysteme sind auszubauen. Wohnungen, die im Besitz des Landes Hessen oder hessischer Kommunen sind, dürfen nicht verkauft werden. Wohnungsbestände an gefördertem Wohnraum sind allen Berechtigten unabhängig von ihrer Herkunft zugänglich zu machen. Auch Arbeitslosigkeit und Verschuldung dürfen kein Ausschlussgrund sein. Von den Trägern der sozialen Grundsicherung ist die reale und nicht die »angemessene« Miete samt Nebenkosten so lange anzuerkennen, bis geeigneter Ersatzwohnraum tatsächlich zur Verfügung steht. Den besonderen Bedürfnissen von Familien mit Kindern sowie von älteren und behinderten Menschen ist Rechnung zu tragen. Die Landesregierung muss darauf hinwirken, dass Wohnungen im öffentlichen Besitz nicht zwangsgeräumt werden. Zudem muss sichergestellt werden, dass Energieunternehmen, an denen die Öffentliche Hand beteiligt ist, Hartz-IV-Bezieherinnen und -Bezieher bei Zahlungsunfähigkeit nicht Strom, Wasser oder Gas abschalten, stattdessen muss ein Sozialtarif bei Strom, Wasser und Gas eingeführt werden.

DIE LINKE fordert:

- kein Verkauf von Wohnungsgesellschaften;
- Mietnebenkosten müssen begrenzt, ihre Abrechnung transparent sein;
- die Bildung von Mieterbeiräten, die Kontrollrechte gegenüber Management und Verwaltung ausüben;
- Energiesparmodelle sind zwingend vorzuschreiben;
- einen Neueinstieg in den Sozialen Wohnungsbau mit Schwerpunkt in den Ballungsräumen und der Berücksichtigung von Familien;
- eine Infrastruktur und Verkehrsanbindung, die Ghettobildung verhindert und Individualverkehr vermindert;
- genossenschaftliche Mieter- und Wohnungsbaumodelle sind vom Land finanziell zu fördern.

## **Gesundheit darf keine Ware sein**

Mit der Privatisierung von zwei der drei hessischen Universitätskliniken (Gießen und Marburg) hat die CDU-Landesregierung nicht nur den 10.000 Beschäftigten, sondern auch Hunderttausenden zukünftiger Patienten schweren Schaden zugefügt. Die Folgen werden erst schrittweise sichtbar. Wir halten Konkurrenz und Profitprinzip im Gesundheitswesen für falsch. Privatisierung heißt nicht besser und effizienter. Privatisierung wird dazu führen, dass Gesundheit noch mehr als heute eine Frage des Geldbeutels wird. Außerdem dürfen Forschung und Lehre an den Unikliniken nicht an Gewinninteressen ausgerichtet sein.

Wir lehnen auch die Umwandlung öffentlich-rechtlicher Einrichtungen in »gemeinnützige GmbHs« ab, weil dies nur der erste Schritt zur Privatisierung ist und die Möglichkeiten der Einflussnahme und Kontrolle durch demokratisch gewählte Volksvertreter beschneidet und verhindert.

Die Privatisierung von Gesundheitsrisiken, Rationalisierungen, für die Patientenversorgung bedrohliche Reduzierung von Personal und Leistungsabbau sowie die Einschränkung von Rechten der Versicherten und Patienten haben – wie man am Salmonellen- und Legionellenskandal der Fuldaer Klinik sehen konnte – katastrophale Folgen für die Gesundheitsversorgung.

Mit der flächendeckenden Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte wird weniger der medizinische Service am Patienten verbessert als vielmehr die Tür für den allseits gläsernen Bürger geöffnet. Wir teilen deshalb die verbreitete Skepsis gegenüber der Einführung dieser Karte in der derzeit geplanten Form.

Die medizinische Versorgung der Bevölkerung ist eine Pflichtaufgabe des Landes und darf nicht privaten wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden. Eine Zweiklassenmedizin und privatisierte Krankenhausketten lehnen wir deshalb entschieden ab. Wir wollen ein flächendeckendes, d.h. auch in den ländlichen Regionen funktionierendes, leistungsfähiges und humanes Gesundheitswesen für alle.

DIE LINKE fordert:

- die Rückführung der Universitätskliniken Gießen und Marburg in öffentliches Eigentum;
- keine Mehrklassenmedizin – gleiche, aber gute Qualität der gesundheitlichen Versorgung für alle;
- den Ausbau von Kliniken zu öffentlichen Gesundheitszentren (Poliklinik); auch in den ländlichen Regionen muss es wieder ein flächendeckendes leistungsfähiges Gesundheitswesen für alle geben;
- die Gründung eines Landes-Gesundheits-Fonds für hilfsbedürftige Menschen zur Finanzierung von Brillen, Zahnersatz und medizinischen Hilfsmitteln sowie der Praxisgebühr und Medikamenten-Zuzahlungen.

## **Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen**

Obwohl die Gleichberechtigung der Geschlechter verfassungsrechtlich garantiert ist, wurde die ungleiche Verteilung von Lebenschancen nicht aufgehoben. Frauen weisen heute bessere Bildungsabschlüsse vor und verdienen bei gleicher Arbeit trotzdem noch immer fast 30 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Viele berufstätige Frauen haben kein Existenz sicherndes Einkommen. Frauen sind von der Politik des Neoliberalismus und des Sozialkahlschlags besonders hart betroffen. Arbeitsplatzvernichtung sowie Abbau regulärer Beschäftigung zwingen viele Frauen in ungeschützte, niedrig entlohnte und flexible Arbeitsverhältnisse. Dies gilt besonders für allein erziehende Mütter.

Unter den vormaligen Arbeitslosenhilfe-Berechtigten, die wegen der neuen Bemessungsgrundlage bei Hartz IV ihren Anspruch auf staatliche Hilfe verloren haben, sind überdurchschnittlich viele Frauen. Mit der »Bedarfsgemeinschaft« wurden viele Frauen vom Verdienst ihrer Partner abhängig. Die Hilfen zum Wiedereinstieg ins Berufsleben sind völlig gestrichen. Wenn Frauen sich für Kinder entscheiden, werden sie aus dem Berufsleben gedrängt. Unter den Bedingungen von Hartz IV können oder wollen es sich nur noch wenige Männer leisten, eine Elternzeit zu nehmen. Hinzu kommt, dass es immer noch zu wenige Kinderbetreuungsplätze gibt und noch immer kein Anspruch auf Vollzeitbetreuung besteht.

DIE LINKE fordert die Wiedereinführung von Umschulungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) für Frauen, die von Hartz IV betroffen sind. Ein wichtiger Schritt für eine tatsächliche Gleichstellung ist die angemessene Beteiligung von Frauen an allen Gremien, Aufsichtsräten und Entscheidungsorganen des Landes. Dazu ist eine Quotenregelung nötig, die Frauen mit oder ohne deutschem Pass berücksichtigt. Wir fordern ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft sowie einen bedarfsdeckenden Ausbau von Ganztageseinrichtungen zur kostenlosen Kinderbetreuung.

Wir fordern, alle Regelungen im Sozial- und Steuerrecht zu beseitigen, die ausschließlich die traditionelle Ehe begünstigen. Die strukturelle Diskriminierung des weiblichen Geschlechts muss aufgehoben werden. Neue Beziehungsformen müssen rechtlich anerkannt werden.

## **Gewalt gegen Frauen stoppen**

Frauen sind im öffentlichen wie im privaten Bereich vielfältigen Formen von Gewalt ausgesetzt. Das kann nur durch einen gesellschaftlichen Wandlungsprozess verändert werden, der von der Politik maßgeblich vorangetrieben wird.

Emanzipatorische Prozesse können nur gefördert werden, wenn bei allen politischen Entscheidungen, auf allen Ebenen die Auswirkungen auf Frauen konsequent bedacht werden. Eine Streichung der Mittel für Frauenhäuser wäre mit diesem Blickwinkel undenkbar gewesen. Wir fordern daher, diese Mittel umgehend wieder zur Verfügung zu stellen.

Eine Erfolg versprechende Gewaltprävention erfordert Programme im gesamten Kinder- und Jugendbereich zur gewaltfreien Konfliktlösung und Kommunikation. Weiterhin fordern wir flächendeckend Beratungsstellen und Beratungstelefone für Mädchen und Frauen und ausreichende therapeutische Angebote für Gewaltopfer.

## **Für die Gleichberechtigung von Lebensweisen**

DIE LINKE tritt für die uneingeschränkte Gleichberechtigung der Lebensweisen von Schwulen, Lesben, Transgender, Inter-, Bi- und Heterosexuellen ein.

DIE LINKE wendet sich gegen jede Form der Diskriminierung, sei es am Arbeitsplatz, in öffentlichen oder privaten Institutionen oder anderen Bereichen. Sie tritt dafür ein, dass keine Lebensweise gegenüber einer anderen bevorzugt oder benachteiligt wird.

In schulischer und außerschulischer Bildung sollen diese Lebensentwürfe als gleichberechtigt dargestellt werden. Ziel ist die selbstbestimmte Findung der eigenen Sexualität und des eigenen Lebensentwurfs. DIE LINKE unterstützt emanzipatorische und aufklärerische Kulturarbeit, die die gesellschaftliche Akzeptanz alternativer Lebensweisen fördert.

## **Würdiges Leben im Alter**

Immer mehr ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger geraten in Armut und werden zu Almosenempfängern. Die Regierungen

Schröder und Merkel haben eine ganze Serie von Nullrunden bei den Renten zu verantworten. Gleichzeitig kam es – neben dem Anstieg der Lebenshaltungskosten – zu zahlreichen Zuzahlungen bei Medikamenten, Hilfsmitteln und Leistungen, die gerade ältere Menschen hart treffen. Durch die Existenz privater Krankenversicherungen kommt es zu einer Selektion zum Nachteil von Alten, Kranken und behinderten Menschen, mit dem Ergebnis, dass die gesetzlichen Krankenkassen die Beiträge erhöhen und ihre Leistungen reduzieren.

Nach wie vor möchten ältere Menschen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben, werden aber oft gegen ihren Willen in ein Heim abgeschoben. Wir setzen uns dafür ein, dass die häusliche Versorgung und Pflege nachhaltig verbessert wird. In Heimen wie in der häuslichen Pflege ist deshalb entsprechendes Fachpersonal zu beschäftigen. Der Ausgrenzung der Senioren aus der Gesellschaft ist entgegenzuwirken, ihre Würde zu wahren, ihre optimale Versorgung zu sichern.

Senioren und Seniorinnen dürfen nicht als Kostenfaktor in der Gesellschaft betrachtet werden, sondern sind eine unverzichtbare Quelle von Erfahrungen und Wissen. In Zukunft werden sie wegen des demografischen Wandels eine noch wichtigere Rolle in der Gesellschaft einnehmen, weshalb ihnen stärkere Selbst- und Mitbestimmungsrechte zukommen müssen.

Wir fordern:

- wirksame öffentliche Kontrolle in Heimen und häuslicher Pflege auf Grundlage eines Landesgesetzes zur Qualitätssicherung in der Altenpflege mit verbindlichen Standards;
- mehr und gut ausgebildetes Personal in allen Pflegebereichen;
- ein Landesgesetz, das sicherstellt, dass ältere und behinderte Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld bleiben können, Betreuung und Unterstützung erhalten und Obdachlosigkeit verhindert wird;
- Förderung von Wohnprojekten, in denen Alt und Jung zusammenwohnen;
- Informationen für ältere Menschen über die ihnen zustehenden Leistungen und Hilfen; es darf nicht sein, dass Menschen aus Unkenntnis nicht erhalten, was ihnen rechtlich zusteht.

### **Menschen mit Behinderungen wirksam unterstützen**

Im Bereich der Hilfen für psychisch Kranke, Behinderte und Obdachlose sind die überörtlichen Träger der Sozialhilfe – in Hessen der 1953 gegründete Landeswohlfahrtsverband (LWV) – von großer Bedeutung. Denn die Finanzierung von Leistungen der Eingliederungshilfe überfordert das Budget kleinerer Gemeinden. Der LWV soll durch Unterstützungsleistungen eine gleichberechtigte Teilnahme behinderter und gefährdeter Menschen am gesellschaftlichen Leben unabhängig von der Finanzkraft ihres Wohnortes gewährleisten.

Die Einrichtungen brauchen eine gesicherte Finanzierung. Nur so können sie ihre Mitarbeiter tarifgerecht entlohnen und ihre Angebote bedarfsgerecht weiter entwickeln. Behinderte sind keine »Kunden« der Sozialbürokratie, sie brauchen ein solidarisches Hilfesystem, das eine selbstständige Lebensführung ermöglicht und unterstützt.

Wir fordern, dass bei Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken die zuständige Patientenfürsprecherin sofort informiert wird. Wir fordern selbstbestimmte, umfassende und ungehinderte Teilhabe behinderter Menschen an allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Wir fordern die Barrierefreiheit aller öffentlichen Einrichtungen u. a. durch Rampen. Wir sprechen uns aus für geregelte Arbeitszeiten und die Anrechnung und Bezahlung von Bereitschaftsstunden des Krankenhaus- und Rettungspersonals.

DIE LINKE fordert:

- die Entwicklung eines Hilfesystems, das der Vereinzelung der Betroffenen entgegenwirkt und ihnen die erforderliche persönliche Unterstützung gewährt;
- der Übergang zwischen den beiden Hilfesystemen SGB II (Hartz IV) und SGB XII (Sozialhilfe) ist so zu gestalten, dass die Existenzgrundlage kranker und behinderter Menschen zu keinem Zeitpunkt gefährdet ist;
- die Schaffung eines modernen, patientengerechten Rechtsschutz- und Behandlungsgesetzes für psychisch kranke Menschen in Hessen anstelle des antiquierten »Hessischen Freiheits-Entziehungsgesetzes« (HFEG);
- die Verpflichtung aller Gebietskörperschaften Hessens, in ihrem Bereich Barrierefreiheit herzustellen.

### **Drogenpolitik**

Drogenabhängigkeit und Suchtkrankheiten sind in Hessen brennende Probleme. Das Elend der Drogenkranken ist allgegenwärtig. Die Drogenpolitik der Regierung Koch ist verfehlt. Die Unterscheidung zwischen legalen und illegalen Drogen ist zufällig und willkürlich. Die Erfahrungen zeigen, dass staatliche Verbote die Menschen nur selten vom Drogenkonsum abhalten.

Eine Drogenpolitik wird nur durch eine enge Verbindung von Suchtprävention, ausstiegsorientierten Hilfen, Drogen-substitution, Gesundheitshilfen für Drogenkranke sowie der konsequenten Bekämpfung von unkontrollierter Abgabe und Einfuhr erfolgreich sein. Um die Kriminalisierung der Drogenabhängigen zu stoppen, treten wir für eine Liberalisierung des Betäubungsmittelrechts ein. Unser Ziel ist eine Perspektive für den Ausstieg aus der Abhängigkeit.

DIE LINKE fordert:

- mehr und bessere Projekte der Therapie- und Nachsorge; dazu gehören insbesondere »Hilfe zur Selbsthilfe«, Rechts- und Sozialberatung sowie Hilfe zur Reintegration in Beruf oder Ausbildung;
- Druckräume mit hygienischen Bedingungen für Suchtkranke und ihre Anbindung an Betreuungsangebote;
- flächendeckende Regelversorgung mit Diamorphin (synthetisch hergestelltes Heroin) bei der Behandlung sogenannter Schwerstabhängiger;
- mehr Finanzmittel des Landes für psychosoziale Beratungs- und Betreuungsstellen und eine bessere finanzielle Förderung für Selbsthilfegruppen im Bereich der Suchtkrankenhilfe;
- Suchtprävention auch im Bereich der »legalen« Drogen wie Alkohol und Medikamenten sowie Bildungsprojekte zu der Thematik für Eltern, Jugendliche und alle Interessierten;
- eine Bundesratsinitiative des Landes Hessen zur fachlichen Verbesserung und zeitlichen Verlängerung von Langzeittherapien.

# III. Öffentliche Daseinsvorsorge sichern und ausbauen

Die Landesregierung fährt einen Konfrontationskurs gegen die Beschäftigten, gegen die Arbeitslosen und gegen die Gewerkschaften. Die Privatisierungspolitik und der Abbau sozialer Leistungen richtet sich gegen die große Mehrheit der hessischen Bevölkerung. Für die Beschäftigten in der hessischen Landesverwaltung bedeutet das den permanenten Abbau von Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechten sowie die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Bis 2008 sollen weitere 7.500 Arbeitsplätze abgebaut werden. Mit der Privatisierung der hessischen Universitätskliniken Gießen und Marburg hat sich die Landesregierung zudem der Verschleuderung und Veruntreuung von öffentlichem Vermögen schuldig gemacht. Der Verkaufspreis in Höhe von 140 Millionen Euro für beide Kliniken an den Konzern »Rhön-Klinik« beträgt nur einen Bruchteil des tatsächlichen Werts (geschätzte 700 bis 1.000 Millionen Euro).

DIE LINKE will einen sinnvollen Ausbau eines demokratisch strukturierten öffentlichen Sektors. Sozial-, Gesundheits-, Umwelt- und Versorgungsverwaltung sowie die Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit müssen ausgebaut werden. Den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger muss qualifiziert und in angemessener Zeit Rechnung getragen werden. Eine Erhöhung der Gerichtsgebühren lehnen wir ab.

DIE LINKE fordert:

- Stopp des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst – Ausbau öffentlicher Dienstleistungen;
- Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder – Erhalt und Ausbau des Flächentarifvertrags;
- Wiederherstellung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Personalräte;
- keine Beschäftigten zweiter Klasse bei der Einstellung von angelernten Hilfskräften im Schuldienst und im Bereitschaftsdienst der Polizei;
- Schluss mit der Privatisierung von Kliniken.

## Stabile und niedrigere Preise für Gas und Strom

Die Versorgung mit Wasser und Energie sowie die Entsorgung sind gesellschaftliche Aufgaben, die in öffentlicher Verantwortung bleiben müssen. Bisher mussten sich die Stromerzeuger die Erhöhung ihrer Grundpreise von den Wirtschaftsministerien der Bundesländer genehmigen lassen. Diese Bundesverordnung Elektrizität hat nach zehn Jahren »Liberalisierung« im Strommarkt keinen Bestand mehr. Dies löst eine Welle von Erhöhungen der Strompreise aus.

Vier Großkonzerne: Vattenfall, RWE, E.on und EnBW erzeugen heute 80 Prozent der Elektrizität und besitzen fast alle Grundlast-Kraftwerke in Deutschland. Darüber hinaus sind sie Eigentümer der großen Stromnetze.

Beim Erdgas kontrolliert E.on Ruhrgas allein über die Hälfte des Marktes.

DIE LINKE fordert:

- Preisaufsicht der Bundesländer über die Strom-, Wasser- und Gaspreise; die Energieversorger müssen ihre Preise transparent und detailliert offen legen; etwaige Preiserhöhungen müssen genehmigungspflichtig sein;
- unbürokratische Heizkosten-Zuschüsse für Haushalte mit geringen Einkommen; ein Sozialtarif für Privathaushalte mit geringen Einkommen ist verpflichtend einzuführen;
- Rekommunalisierung privatisierter Stadtwerke (Wasser-, Gas- und E-Werke).

- die Rückführung der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum; DIE LINKE wird hierfür auf Bundes- und Landesebene die Initiative ergreifen; das würde eine wirksame öffentliche Kontrolle ermöglichen und die Preise deutlich senken.

## Privatisierung ist Diebstahl am Eigentum der Bürgerinnen und Bürger

Privatisierungen, wie der Verkauf von Landesimmobilien, sind Kernstück der hessischen CDU-Politik. Der Verkauf der Uni-Kliniken in Marburg und Gießen, von Straßenmeistereien, die Umwandlung der Forstverwaltung in einen Landesbetrieb, die nur durch massiven öffentlichen Druck verhinderte Privatisierung des Landeswohlfahrtsverbandes, die teilweise Privatisierung der Justizvollzugsanstalt in Hünfeld sowie der beabsichtigte Verkauf der hessischen Landesbank zeigen, wie weitreichend dieser Wille schon entwickelt ist. Wir sagen: Privatisierungen sind grundsätzlich weder billiger noch effizienter. Sie führen am Ende zu höheren Belastungen der Bürgerinnen und Bürger. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. DIE LINKE wendet sich gegen jedwede Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Stattdessen fordern wir einen bürgernahen Ausbau öffentlicher Einrichtungen.

Die Hessische Gemeindeordnung muss dahingehend geändert werden, dass Städte und Gemeinden nicht mehr zur Privatisierung kommunaler Dienstleistungen veranlasst werden können. Die kommunale Selbstverwaltung muss finanziell so gestärkt werden, dass Kreise und Kommunen Investitionen selbst realisieren können.

## Kein Ausverkauf öffentlicher Einrichtungen

Der Verkauf zahlreicher Immobilien (Ministerien- und Behördengebäude) des Landes Hessen und die langfristige Anmietung dieser Gebäude führen dauerhaft zu höheren Belastungen. DIE LINKE lehnt den Verkauf von Landeseigentum ab. Ebenso muss der öffentliche Einfluss auf Privatbetriebe, an denen das Land Hessen noch beteiligt ist, erhalten bleiben.

## Keine Projekte in Public-Private-Partnership (PPP)

Eine neue Form der Privatisierung sind die PPP-Projekte. Hierbei werden langfristige Verträge über den Bau und die Unterhaltung öffentlicher Einrichtungen mit Konzernunternehmen geschlossen. Die Inhalte der Verträge werden geheim gehalten, die parlamentarische Kontrolle wird ausgeschaltet. Zur besonderen Förderung ist beim Land Hessen eine Koordinations- und Beratungsstelle PPP eingerichtet. DIE LINKE wendet sich gegen solche Projekte und fordert die Auflösung der Koordinations- und Beratungsstelle.

## Keine Privatisierung der hessischen Sparkassen

Die in öffentlich-rechtlicher Gewährsträgerschaft geführten Sparkassen dienen insbesondere in ländlichen Gebieten der Versorgung der Bevölkerung mit Bankdienstleistungen. Darüber hinaus können sie mit Krediten an ortsansässige Unternehmen und Handwerksbetriebe zur regionalen Mittelförderung beitragen. Es besteht die Gefahr, dass die regionalen Sparkassen durch Großbanken und Investmentgesellschaften aufgekauft werden und damit ihre Eigenständigkeit verlieren und das Prinzip der Gemeinnützigkeit verlassen. Die entsprechende Novellierung des Sparkassengesetzes, die die Koch-Regierung gegen den Widerstand der Sparkassen durchgedrückt hat, muss revidiert werden.

DIE LINKE lehnt eine Privatisierung der hessischen Sparkassen strikt ab.

## **Keine Privatisierung der Deutschen Bahn**

DIE LINKE spricht sich gegen die von der Bundesregierung beabsichtigte Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG aus und sagt uneingeschränkt NEIN zu jeder Form von Privatisierung, Börsengang, Ausverkauf und Zerschlagung der Deutschen Bahn AG einschließlich der – auch von der hessischen SPD – propagierten Mogelpackung der Privatisierung durch »Volksaktien«. Dies wäre die größte Verschleuderung von öffentlichem Vermögen in der deutschen Geschichte. Verlierer wären die Bahnkunden, Beschäftigten, die Umwelt, die Gesellschaft insgesamt. Gewinner wären nur Kapitalgesellschaften, Aufkäufer von Teilbetrieben und ihre Banken und Berater. Kein Betriebsteil, keine Aktie der Bahn darf in private Hände gelangen. Eine Wiederholung der negativen Erfahrungen wie bei der Post, der Telekom usw. darf es hier nicht geben. Als Rückgrat eines umweltfreundlichen und leistungsfähigen Verkehrssystems für Personen und Güter muss die Bahn in öffentlichem Eigentum erhalten, ausgebaut und modernisiert werden.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass sich das Land Hessen im Bundesrat und auf allen Ebenen einer Privatisierung oder Teilprivatisierung der Deutschen Bahn egal in welcher Form grundsätzlich widersetzt.

## **Ausverkauf der Telekom stoppen – Privatisierung rückgängig machen**

Die Privatisierung war ein Irrweg. Sie kann und muss wieder rückgängig gemacht werden. Der Bund darf keine weitere T-Aktie mehr verkaufen und muss mit seiner Sperrminorität und seinen Vertretern im Aufsichtsrat die unsoziale Politik des Managements stoppen. Die in Privatbesitz befindlichen Aktien müssen wieder in Bundesbesitz überführt werden. Volle Entschädigung sollte es grundsätzlich nur für Kleinaktionäre geben.

## **Stopp der Wirtschaftskriminalität**

In der Bundesrepublik Deutschland sind laut BKA-Statistik nur 1,7 Prozent aller registrierten Straftaten Wirtschaftsdelikte. Aber auf diese 1,7 Prozent entfallen rund 60 Prozent des insgesamt durch Kriminalität angerichteten materiellen Schadens.

Mitbestimmungsrechte und Wirtschaftsstrafgesetze müssen im Interesse wirksamer Kontrollen gegen Wirtschaftskriminalität weiterentwickelt werden. Schwerpunktstaatsanwaltschaften, Wirtschaftsstrafkammern und die Steuerfahndung der Finanzämter brauchen die notwendige Unabhängigkeit sowie die erforderliche materielle und personelle Ausstattung. DIE LINKE unterstützt die Forderung der Initiativen gegen Wirtschaftskriminalität nach Bildung von Kapitalkontrollräten an allen größeren Finanzstandorten als Sammel- und Anlaufstellen für Informationen über Wirtschaftskriminalität und für wirksamen Zeugenschutz.

## **Für eine Verkürzung der Ladenöffnungszeiten**

Die weitgehende Freigabe der Ladenöffnungszeiten hat weder zur Erhöhung der Umsätze im Einzelhandel geführt noch die Zahl der Arbeitsplätze erhöht. Im Gegenteil: Die längeren Ladenöffnungszeiten verdrängten kleinere Geschäfte zu Gunsten der Handelskonzerne. Dadurch verschlechterte sich die Versorgung in ländlichen Regionen und Randlagen der Städte. Das hatte auch negative Folgen für die Arbeitssituation der etwa 200.000 Beschäftigten im hessischen Einzelhandel. Die großen Handelshäuser und handwerklichen Filialbetriebe haben mit einer weiteren Flexibilisierung reagiert. Stammpersonal wurde durch billigere Arbeitskräfte (Minijobs) ersetzt. Überwiegend Frauen mit Familien arbeiten im Einzelhandel, die durch die ungünstigen Arbeitszeiten stark beeinträchtigt

sind. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Ladenöffnungszeiten wieder zu reduzieren und die Sonntags-Öffnung abzuschaffen.

## **Für Medienvielfalt und freien, demokratischen Zugang**

Medien interpretieren und verändern die Welt – und dabei auch sich selbst. Wer sie besitzt, kann Politik kontrollieren. Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, Film, Radio und Fernsehen und das Internet sind die Massenmedien der Gegenwart. Information, Kommunikation und Unterhaltung sind jedoch nicht nur Waren, und Medienpolitik ist nicht nur Wirtschaftspolitik. Sie prägen die Kultur und sind eine Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie.

Den klassischen Medien (Presse, Rundfunk, Fernsehen und Film) sind infolge von Ökonomisierung und digitaler Technologie neue Herausforderungen erwachsen. Die fortschreitenden Kommerzialisierungstendenzen werden begleitet und geprägt von den Bedingungen einer anhaltenden Medienkonzentration. Finanzinvestoren bemächtigen sich in immer größerem Ausmaß des Medien- und Pressesektors. Erhöhter Druck zur Rentabilität zeitigt im Ergebnis eine weitere Verflachung und Kommerzialisierung der Berichterstattung.

DIE LINKE setzt sich für Medienvielfalt, für eine kritische Öffentlichkeit und für einen allgemeinen, freien und sozial gleichen Zugang zu den Medien ein. Deren Nutzung muss unabhängig von Herkunft und Einkommen erfolgen können. Zugleich sind Mitbestimmung auch durch Redaktionsstatute und öffentlich tagende Gremien, Bildungsangebote zur Stärkung der Vernetzungs- und Medienkompetenz und eine Kultur der informationellen Selbstbestimmung zentrale Ziele unserer Medienpolitik.

## **Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

Die Landesregierung nimmt massiv Einfluss auf die Gestaltung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und Rundfunks. Der früher als »Rotfunk« verleumdete Hessische Rundfunk ist inzwischen zu einem »Schwarzfunk« geworden. Kritische Zeitbetrachtungen oder in eigener Produktion erstellte gesellschaftskritische Sendungen sind gestrichen. Kritische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden kaltgestellt. In den Rundfunkrat wurden Vertreter konservativer bis rechtsgerichteter Organisationen berufen.

DIE LINKE steht für den Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Jedoch betrachten wir darunter keinen Auftrag an diesen zu einer ungebremsten Expansion auf allen Medienmärkten: Der Empfang der Öffentlich-Rechtlichen muss für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleiben. Eine generelle Rundfunkgebühr auf PCs und Mobiltelefone lehnen wir ab. Zunehmend skeptisch betrachten wir auch die fortschreitenden Tendenzen in der Kommerzialisierung des öffentlich-rechtlichen Programmangebots selbst. Diese folgen weitgehend unkritisch den Handlungsmustern der Privaten und bewirken eine weitere Verflachung des Medienspektrums.

DIE LINKE fordert zudem, die geltenden Regelungen für die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht durch die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) zu ändern. Geringverdiener, Studierende und Bezieher von Niedrigrenten – auch solche, die bewusst auf den Bezug von Sozialleistungen verzichten – sollen deshalb ebenso wie Arbeitslose in Hartz IV mit Zuverdienst die Möglichkeit zur Befreiung erhalten.

## **Verhinderung von Medienkonzentration**

Fortschreitender Konzentration im Medienbereich ist durch Reformen in der Medienregulierung zu begegnen. Um zu verhindern, dass Rundfunk und Fernsehen als reines Kommerzgeschäft betrieben werden, fordert DIE LINKE, den Informationsauftrag im Rundfunkstaatsvertrag zu präzisieren.

Darüber hinaus fordert DIE LINKE auch Förderinitiativen, die den »freien Sendern«, die sich vielerorts in Hessen installiert haben, eine finanziell gesicherte Sendearbeit ermöglichen.

### **Demokratisierung digitaler Kommunikation**

Mit der Entfaltung und Verbreitung des digitalen Netzes entstehen und reproduzieren sich spezifische soziale und räumliche Mechanismen der Ausgrenzung. Der Zugang zu digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien ist auch in Hessen nach Einkommen und Region ungleich verteilt. Dies führt zu einer Spaltung der Gesellschaft, die es in einer Demokratie nicht geben darf. DIE LINKE fordert daher, in Hessen die Infrastruktur für ein (bezahlbares) »Breitband-Internet für alle« bereitzustellen. Zugleich müssen vor Ort Initiativen wie »Frauen ans Netz«, »Schulen ans Netz« oder »Senioren ans Netz« gefördert und weiter ausgebaut werden.

### **Stärkung von Medienkompetenz**

Der Erwerb von Medienkompetenz ist eine Schlüsselkategorie, um den inhaltlichen Herausforderungen des digitalen Zeitalters begegnen zu können. Die Bildung eines kritischen Verstandes und die Fähigkeit, Realität und Fiktion zu unterscheiden, ist unabdingbare Voraussetzung für eine moderne Medienpädagogik. Die natürlichen Orte dazu sind Kindergärten, Horte und Schulen. Die Vermittlung von Medienkompetenz gehört somit in die Ausbildungsinhalte von Erziehern, Lehrern und Sozialpädagogen. DIE LINKE tritt dafür ein, die Förderung und Schulung von Medienkompetenz in Hessen institutionell verpflichtend zu verankern.

Die MitarbeiterInnen der künftigen Landesregierung müssen zudem in der Lage sein, JournalistInnen umfassende Auskünfte über politisch relevante Vorgänge und Konfliktlagen zu geben, um in der Öffentlichkeit Grundlagen für deren Mitwirkung bei der Gestaltung der Hessischen Politik insgesamt zu ermöglichen.

### **Kultur für alle**

Die freie Entfaltung von Kunst, Kultur und Wissenschaft und der Zugang aller Bevölkerungsschichten zu Kultureinrichtungen sind Voraussetzungen für eine demokratische Gesellschaft.

Hessen galt lange Zeit als kulturell hoch entwickeltes Land. Die Landesregierung setzt dieses aufs Spiel. Mit der Rücknahme öffentlicher Gelder wird der demokratische Einfluss abgebaut. Besonders betroffen sind freie und kommunale Kulturträger und Institutionen. So wurde der Zugang zu Museen durch die Einführung von Eintrittsgeldern erschwert.

DIE LINKE fordert:

- eine Gemeindefinanzreform, die die Kommunen in die Lage versetzt, ihrer gesetzlichen Pflicht nachzukommen, die Kultur zu fördern;
- die Privatisierung von öffentlichen Kunst-, Kultur-, Forschungs- und Bildungseinrichtungen zu beenden und zurückzunehmen;
- den Erhalt und Ausbau von Bibliotheken, Artotheken, Musikschulen, Museen sowie weiterer Kultureinrichtungen und -angebote.
- unentgeltlichen Zugang zu allen öffentlichen Kulturangeboten für Sozial- und Arbeitslosengeldempfänger;
- Mindeststandards und Mindesthonorare für freiberuflich und künstlerisch Tätige festzulegen und Umsetzung des Urhebervertragsrechts;
- eine bundesweite Initiative, um das Künstlersozialversicherungsgesetz, z.B. Krankengeld und Altersabsicherung, zu verbessern.

## **IV. Gute Bildung und gleiche Bildungschancen für alle**

Die Entwicklungsmöglichkeiten einer und eines jeden hängen heute mehr denn je vom freien Zugang zu Informationen und Wissen ab, ebenso wie von der Möglichkeit, sich zu bilden und an der Kultur dieser Gesellschaft teilzuhaben. Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht. DIE LINKE.Hessen fordert seine Verwirklichung für alle. Es geht um eine andere, demokratische, sozial gerechte und emanzipatorische Bildung – von Anfang an und ein Leben lang. Das Bundesland Hessen und seine Regierung werden diesen Anforderungen nicht gerecht. Im jetzigen Bildungssystem werden bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten durch mangelnde individuelle Förderung, frühzeitige Auslese und soziale Ausgrenzung verstärkt. Insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten Familien und aus Familien mit Migrationshintergrund gehören von vorneherein zu den Verlierern. Das hessische Bildungswesen mit seiner mehrgliedrigen allgemeinbildenden Schule und der Selektionsmöglichkeit von Schul-»versagern« steckt in einer tiefen Krise. Auch die berufliche Bildung wird immer weiter abgehängt.

Wir fordern: eine sozial gerechte und demokratische Bildungsreform jetzt! Alle fördern und keinen »sitzen lassen« statt Selektion und Auslese!

Eine sozial gerechte Bildung für alle kann nur in gesellschaftlicher Verantwortung bei umfassender Förderung und ausreichender Finanzierung durch die öffentliche Hand gewähr-

leistet werden. DIE LINKE.Hessen wendet sich deshalb gegen eine Privatisierung und Ökonomisierung des Bildungswesens und den Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung. Wir wenden uns insbesondere gegen eine »betriebsradikale« Umstrukturierung von Schulen im Rahmen der so genannten »Neuen Verwaltungssteuerung« (NVS), die an Kennziffern orientierte Input-Output-Rechnungen zur Grundlage hat, Kostensenkungsaspekte in den Mittelpunkt rückt, und die Schulen in eine scharfe Konkurrenz zueinander setzt.

Bildung beginnt und endet nicht mit der Schule. Wir fordern eine gesetzliche Ausbildungsumlage in der beruflichen Bildung, die Einführung einer elternunabhängigen, repressionsfreien Grundsicherung für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende, die Einführung eines Bundesgesetzes zur Weiterbildung, die Ausweitung von Mitbestimmungsmöglichkeiten für Lehrende und Lernende sowie die Sicherstellung einer kritischen Wissenschaft in gesellschaftlichem Interesse.

Wir streiten für ein durchlässigeres Bildungswesen, das die gesamten Lebens- und Arbeitsbedingungen der Lernenden in den Blick nimmt; Übergänge von einer Bildungsstufe in die nächsthöhere müssen an jedem Punkt der Schulkarriere möglich sein. Der Wechsel von der Berufs- zur Hochschulbildung ist zu erleichtern, erworbene berufliche Qualifikationen sind dabei anzuerkennen.

Eine nachfrageorientierte Steuerung, bei der Lernende auf die Rolle von Kundinnen und Kunden reduziert und die Bildungsprozesse zunehmend individualisiert werden, lehnen wir ab. Bildung ist ein öffentliches Gut. Bildung muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gestärkt und nicht abgebaut werden.

Zugang zu Bildung muss allen Menschen unabhängig von ihrer sozialen, kulturellen und ethnischen Herkunft sowie unabhängig vom Geschlecht offen stehen. Darum: Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Weiterbildung.

Linke Bildungspolitik betrachtet Bildung nicht unter der herrschenden ökonomischen Verwertbarkeitslogik. Bildung soll nicht ausschließlich die Menschen dem sich wandelnden Arbeitsmarkt anpassen, sondern sie in die Lage versetzen, die gesellschaftliche Entwicklung aktiv mitzugestalten und ihre Qualifikation auch als Potenzial für gesellschaftliche Veränderung zu begreifen.

Mehr Demokratie soll auch in die Schulen einziehen. Die konsequente Drittelparität in den Schulkonferenzen wäre ein wichtiger erster Schritt dazu.

Gute Arbeitsbedingungen für die Lehrenden sind eine wesentliche Voraussetzung für eine qualitativ hochwertige Bildung. Das bedeutet, für tarifliche Absicherung und die Stärkung ihrer Interessenvertretungen einzustehen.

Wir treten für ein Bildungssystem ein, das alle entsprechend ihren Fähigkeiten fördert und niemanden benachteiligt.

Eine Privatisierung von Hochschulen, Instituten und öffentlichen Forschungseinrichtungen lehnen wir grundsätzlich ab.

### **Ein Anrecht auf kostenlose Krabbelstufen-, Kita- und Kindergartenplätze**

Eltern müssen in diesem Land eine kinderfreundliche Politik vorfinden, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht, ohne dass den Kindern dadurch Nachteile in ihrem Bildungsverlauf entstehen. Dies gelingt nur dann, wenn auch in Hessen ausreichend qualitativ gute Betreuungs- und Bildungsangebote für unter 3-jährige Kinder bereitgestellt werden.

Der Besuch von Kindertagesstätten als erste außerfamiliäre Bildungsinstitution muss gebührenfrei sein und damit für alle Kinder zugänglich.

### **Bildung von Anfang an**

Die Übergänge vom Elternhaus zur Kindertagesstätte und Schule sollen fließend gestaltet werden. Der Bildungsplan in Hessen für Kinder von 0–10 Jahren bietet hier eine gute Grundlage, die sich allerdings nur mit den entsprechenden Rahmenbedingungen umsetzen lässt.

Diese sind:

- »Die besten Pädagogen für den Anfang...« besser qualifizierte Erzieher und entsprechende Bezahlung;
- kleinere Gruppen- und Klassengrößen, die eine individuelle Förderung aller Kinder ermöglichen;
- ganzheitliche Förderung aller Kinder – Stärken erkennen, Schwächen ausgleichen;
- ausreichend Vorbereitungszeit von PädagogInnen für Elterngespräche sowie die Beobachtung und Dokumentation von Bildungsprozessen der Kinder;
- Aufnahme aller Kinder einer Jahrgangsstufe in die »Grundschule« – keine Selektion nach Entwicklungsstand oder Migrationshintergrund;
- Ausbau des Integrativen Schulangebots durch Gemeinsamen Unterricht (GU) und verstärkten Einsatz von Förderstunden durch Sonderpädagogen an Regelschulen;

- mehr fächerübergreifender Unterricht und Projektarbeit.

- PädagogInnen als »Entwicklungsbegleiter« von Kindern werden angesichts der immer massiveren Folgen des Sozialabbaus immer wichtiger.

### **Längeres gemeinsames Lernen**

Das Schulsystem kann und muss auf Landesebene grundsätzlich verändert werden. DIE LINKE.Hessen versteht Bildung als Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Die frühe Trennung der Schülerinnen und Schüler in Hessen nach der Klassenstufe vier hin zu Regelschule und Gymnasium muss aufgehoben werden. Weder Kind noch Eltern sollen nach der Klasse vier entscheiden müssen, welche Laufbahn den Fähigkeiten des Kindes entspricht.

Wir treten ein für gemeinsames Lernen aller Schülerinnen und Schüler in einer Gemeinschaftsschule bis zur Klassenstufe 10. Im gymnasialen Bereich muss die Schulzeitverkürzung (G8) zurückgenommen werden, eine Verkürzung der Verweildauer in der gymnasialen Oberstufe lehnen wir ebenso ab.

### **Gegen Aussonderung in Förderschulen**

Im gesamten Regelschulsystem soll die Integration von Kindern mit Behinderungen oder von Kindern, die von Behinderung bedroht sind, angestrebt und über die Ausweitung des Gemeinsamen Unterrichts (GU) von Regelschul- und Sonderpädagogen und die gezielte individuelle Förderung durch Sozialpädagogen sichergestellt werden. Die Integration dieser Kinder soll bereits in den Regeleinrichtungen vor der Schule durch zusätzliche und besonders qualifizierte pädagogische Kräfte gefördert werden.

### **Lernen in Ganztagschulen**

Die Gestaltung des Lern- und Lebensraums Schule erfordert ganztägigen Unterricht und Angebote im Klassenverband, die über eine »Verwehranstalt am Nachmittag« hinausgehen. Notwendig sind Unterrichtsstunden zur gezielten Förderung statt Förderung auf dem Papier (Förderpläne). Neben dem Lernen im Unterricht gehören interkulturelle, kreative und experimentelle Lernerfahrungen in unterrichtsfreier Zeit zur ganzheitlichen Bildung und Erziehung. DIE LINKE.Hessen unterstützt die Ausweitung der Schulsozialarbeit an allen hessischen Schulen und die Unterstützung der Kooperation von Schule und Trägern der Jugendhilfe vor Ort.

Schülerinnen und Schüler, Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen sollten an der Profilierung und Gestaltung ihrer Schule viel mehr beteiligt werden, beispielsweise durch Stärkung der Konferenzrechte. »Schulinspektionen« sind durch einen offenen Dialog mit den Akteuren und Betroffenen zu ersetzen. Selbstständigkeit der Schule (»Schulautonomie«) heißt für DIE LINKE, dass Schulen im Rahmen der staatlichen Verantwortung mehr Freiräume für die Gestaltung, Planung und Durchführung des Unterrichts erhalten. Mit der Reduktion verbindlicher Lehrplaninhalte muss ein Ende der »Testeritis« durch Vergleichsarbeiten und normierende Abschlussprüfungen, wie das Zentralabitur, einhergehen!

Für den chancengleichen Zugang zu schulischer Bildung sind wohnortnahe, barrierefreie und offene Schulen unbedingt erforderlich.

### **Bildungschancen für alle**

Das Problem fehlender Chancengleichheit im Bildungssystem Deutschlands ist nicht neu. Insbesondere Kinder aus Migrantenfamilien sind häufig Opfer der frühen Selektion. Es ist kein Zufall, dass in vielen Hauptschulen die Schüler mehrheitlich Migrantenkinder sind. Notwendig ist ein neues System, das der großen Zahl mehrsprachig und in verschiedenen Kulturen

aufgewachsener Kinder gerecht wird. Auch fordern wir, dass den in Bildungs- und Sozialbereich arbeitenden Personen während der Aus- und Weiterbildung interkulturelle Kompetenzen vermittelt werden.

Hessen muss endlich erkennen, dass unsere sprachliche und kulturelle Vielfalt nicht Defizit, sondern Chance bedeutet. Hessen könnte mit einer zukunftsfähigen Politik in den nächsten 15 Jahren gut ausgebildete, mehrsprachige und mit der ganzen Welt in Kontakt stehende Bürger haben. Dafür sollte von Anfang an die mehrsprachige Kompetenz von Kindern gefördert und die Einbindung und Weiterbildung der Eltern angestrebt werden. Um vorhandene Kompetenzen zu stärken, sollten die Kinder in den Schulen (im Rahmen des quantitativ möglichen) muttersprachigen Unterricht erhalten.

Kinder von sich hier »illegal« aufhaltenden Menschen müssen wie alle anderen schulpflichtig sein. Voraussetzung dafür ist die Abschaffung der momentanen Meldepflichtregelung für die Lehrkräfte.

### **Pädagogen bilden, motivieren, anerkennen**

Allgemeine Schulpflicht (Artikel 56 der Hessischen Verfassung) in Form einer reinen Anwesenheitspflicht der Schülerinnen und Schüler genügt nicht, wir fordern eine klare Verpflichtung des Staates auf qualifizierte Bildung und Ausbildung der jungen Menschen durch Fachkräfte, die entsprechend dem Bedarf einzustellen sind.

Für eine gesicherte Qualität der schulischen Angebote fordern wir eine Reform der Lehrerausbildung. Die Praxisnähe im ersten Ausbildungsabschnitt ist zu verstärken. Die Modularisierung, die die pädagogische Ausbildung zersplittert und den Bewertungsdruck erhöht, muss zurückgenommen werden.

DIE LINKE.Hessen setzt sich für die Sicherung der Qualität von Bildungsangeboten ein. Dazu braucht es ein langfristig angelegtes Personalentwicklungskonzept des Landes, das Perspektiven und Chancen im hessischen Schulwesen bietet. Unterrichtsausfall und drohender Lehrermangel tragen zur Bildungsqualität ebenso wenig bei wie die miserablen Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte. Die stetig gestiegene Unterrichtsverpflichtung muss wieder reduziert werden.

Die »Unterrichtsgarantie plus« stellt die Weichen in die falsche Richtung. Sie kann den Mangel an Pädagoginnen und Pädagogen verwalten, aber nicht aufheben, da unausgebildete oder vor langer Zeit ausgebildete Lehrkräfte nicht in der Lage sind, Schülerinnen und Schüler entsprechend den oben beschriebenen Lehrqualifikationen auszubilden und zu erziehen. Dem gegenüber tritt DIE LINKE für eine echte hundertprozentige Unterrichtsversorgung und den Aufbau einer qualifizierten zehnpromtigen Vertretungsreserve ein.

### **Berufliche Bildung verbessern**

DIE LINKE setzt sich dafür ein, die beruflichen Schulen zügig auszubauen sowie eine Erhöhung der LehrerInnenstellen vorzunehmen. Dadurch soll gewährleistet werden, dass alle BerufsschülerInnen mindestens an 2 Tagen pro Woche jeweils 6 Unterrichtsstunden erhalten. Neue Qualifizierungseinrichtungen für benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene sind in enger Zusammenarbeit mit den Berufsschulen zu schaffen.

### **Weg mit den Studiengebühren – die Rechte der Studierenden wahren**

Die deutsche Universitätslandschaft ist im Umbruch begriffen. Allerdings in die falsche Richtung. Die aktuellen Debatten handeln ausschließlich von Wettbewerb, Standortsicherung oder Exzellenzförderung. Ihr Ziel ist es, auch den Universitätsbereich für den freien Markt zu öffnen und akademische

Einrichtungen in ökonomische Dienstleistungsbetriebe zu verwandeln. Zusammen mit dem Ruf nach der Abschaffung der studentischen Selbstverwaltung handelt es sich hierbei um einen massiven Eingriff in die demokratische Verfassung der Hochschule.

Kein Zweifel besteht daran, dass die Hochschulgremien in ihrer traditionellen Form hoffnungslos überfordert sind. Doch ist die professorale Dominanz im Senat, den Fachbereichsräten oder den Ausschüssen kein Argument für die Einführung eines marktförmigen Struktur- und Organisationsprinzips. Es kommt der Selbstabschaffung der Hochschulpolitik gleich. Anstatt wichtige Entscheidungskompetenzen einseitig an die Hochschulleitung zu verteilen, muss die Politik für eine lebendige demokratische Kultur innerhalb und außerhalb der Universitätsmauern sorgen.

DIE LINKE fordert dazu eine drittelparitätische Selbstverwaltung der Hochschulen. Sie wendet sich gegen alle Formen von schleichender Privatisierung wie beispielsweise durch das Modell der Stiftungsuniversität, und tritt für das Recht der Studierenden ein, sich zu allgemeinpolitischen Fragestellungen zu äußern.

Die Möglichkeit der Disziplinierung von Studierenden seitens des Hochschulpräsidiums, wie durch die neue Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes eingeführt, lehnen wir ab.

Die Hessische Landesregierung will durch die Einführung der Studiengebühren die finanzielle Missachtung der hessischen Hochschulen durch die Studierenden selber auffangen lassen. Diesen verfassungsfeindlichen Plänen – die hessische Verfassung stellt eindeutig klar, dass das Studium unentgeltlich ist – erteilt DIE LINKE.Hessen eine klare Absage. Studiengebühren vertiefen die sozialen Unterschiede und fördern nur das Studium der Reichen. Unsere Linksfraktion im Landtag wird für die Abschaffung der Studiengebühren stimmen.

### **Lebenslanges Lernen möglich machen**

In einer sich rasch ändernden Gesellschaft ist lebensbegleitendes Lernen notwendig. DIE LINKE.Hessen tritt dafür ein, dass Weiterbildung der öffentlichen Verantwortung unterliegt und der individuelle Wunsch nach Weiterbildung gefördert wird. Sie fordert deshalb ein Bildungsfreistellungsgesetz für Hessen.

Die Weiterbildung ist nicht nur als berufliche Weiterbildung auszugestalten. Weiterbildung im kulturellen und politischen Bereich gewinnt für die Gestaltung eines demokratisch organisierten Allgemeinwesens zunehmend an Bedeutung und ist besonders für ehrenamtlich Engagierte zu fördern.

Für die wissenschaftliche Weiterbildung sind die Hochschulen zunehmend in die Verantwortung zu nehmen, um stärker als bisher aktuelles Wissen zu vermitteln und die Gesellschaft auf einem insgesamt hohen Bildungsstand zu halten.

DIE LINKE.Hessen fordert den Erhalt der Volkshochschulen und die Rückkehr zu deren Drittelfinanzierung. Für Inhaber eines Stadtpasses bzw. einer HessenCard ist ihr Besuch kostenlos. Für die VHS-Kursleiter sind rechtlich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen.

DIE LINKE wendet sich gegen die drastischen Kürzungen bei Weiterbildungsmaßnahmen in Hessen sowie deren ausschließliche Ausrichtung auf berufliche Verwertbarkeit.

# V. Klima und Umwelt schützen, Verkehr sozial gestalten

Der Einsatz für eine lebenswerte Umwelt, der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen sowie eine ökologische, nachhaltige und gerechte Nutzung der Ressourcen sind für DIE LINKE untrennbar mit der sozialen Gestaltung unserer Gesellschaft verknüpft. Deshalb sind für uns Ökologie, Natur- und Umweltschutz Teil einer sozialen und solidarischen Gesellschaft.

Umweltschutz ist die Erhaltung der natürlichen Ressourcen für den Fortbestand menschlicher Existenz auf unserem Planeten. Verharmlosend wird fortlaufend von Vertretern der herrschenden Klasse und von den ihrem Einfluss unterliegenden Medien und von dafür honorierten Wissenschaftlern der Versuch unternommen, statt von einer sich abzeichnenden Klimakatastrophe entschärfend von einem Klimawandel zu sprechen.

Dagegen zeigen unisono langfristig und weltweit vorgenommene Untersuchungen renommierter unabhängiger Institute und Forscher auf, dass der Trend von lebensbedrohenden Veränderungen in der die Erde schützenden Atmosphäre und Stratosphäre ständig und immer intensiver voranschreiten. Selbst wenn man periodische Verschiebungen der Klimazonen und von der Sonne ausgehende Veränderungen der Magnetfelder, die auf Klima und Natur großen Einfluss haben, in Rechnung stellt, so ist der Hauptfaktor der bedrohlichen Klimaveränderung auf menschliche Einwirkung zurückzuführen.

Die Wasserversorgung muss auf eine getrennte Versorgung mit Trink- und Brauchwasser umgestellt werden. Dazu gehört auch eine Sanierung des gesamten Zuleitungssystems. Die Entsorgung und eine von der öffentlichen Hand geförderte Reduzierung von Verpackungsmaterial muss auf eine fortentwickelte Recyclingtechnik umgestellt werden.

Die hessische Landesregierung betreibt eine rückwärts gewandte Energiepolitik. Sie setzt auf Kohlekraftwerke und Laufzeitverlängerung für die Atomkraft. In der Landwirtschaft fördert sie Gentechnik und verhindert einen notwendigen weiteren Ausbau des Ökolandbaus. Als Konsequenz der Globalisierung wird immer mehr Güterverkehr auf die Straßen gebracht. Mit der »Naturschutzgesetznovelle« gibt die CDU die erkämpfte Naturschutzgesetzgebung, Instrumente der Partizipation von Umweltschutzverbänden und die Förderung des ökologischen Landbaus auf. DIE LINKE steht für eine soziale und ökologische Erneuerung Hessens.

Die privatwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Strom und Wasser steht einer verantwortungsvollen Nutzung natürlicher Ressourcen entgegen. Die Preise steigen, die Ressourcen werden ausgebeutet und die Versorgungssicherheit ist nicht gewährleistet. Den Neubau von Kohlekraftwerken lehnen wir ab. Effizienzsteigerungen führen zu Energieeinsparungen und damit zur Verringerung klimaschädlicher Emissionen. Hierzu wollen wir eine Förderinitiative »energieeffizientes Hessen« durchsetzen, das vor allem von Kommunen genutzt werden soll. Anstelle von fossilen Brennstoffen müssen verstärkt regenerative Energieträger eingesetzt werden. Öffentliche Gebäude müssen regenerative Energieträger, Solarenergie oder Geothermie einsetzen.

DIE LINKE fordert den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen und wendet sich gegen die sehr restriktive Genehmigungspraxis der Regierungspräsidien, die auch technologisch begründete Erneuerungen vorhandener Windparks infrage stellen. Eine Verlängerung der Laufzeiten von atomarer Risikotechnologie lehnen wir als Gefährdung der Lebensgrundlage ab.

DIE LINKE fordert:

- den beschleunigten Ausbau regenerativer Energieerzeugung und dezentraler Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung anstelle von Großkraftwerken;

- die sofortige Stilllegung von Biblis A; am Atomausstieg ist festzuhalten;

- Stopp des geplanten Baus von Block VI und deutliche Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes des Steinkohlekraftwerkes Staudinger; kein Neubau in der Ingelheimer Aue;

- Forschungs- und Förderinitiativen für Investitionen in verbesserte Energieeffizienz;

- beschleunigter Ausbau von erneuerbaren Energiequellen; eine Versorgung von 80 Prozent soll bis 2025, eine Vollversorgung bis zum Jahr 2050 erreicht werden;

- Verabschiedung eines Wärmegesetzes, das festlegt, dass bei Neubauten mindestens 10 Prozent der Wärmeenergie aus erneuerbaren Rohstoffen stammen müssen.

## Der Werra droht der Kali-Tod

Der Kali-Konzern K+S betreibt mit dem Kaliabbau in Osthessen Gewässerverschmutzung und Trinkwassergefährdung. Verpressungen von Salzlauge aus Haldenabwässern und Produktion in Gesteinsschichten sowie die Einleitung von Salzlauge in die Werra sind auch angesichts der europäischen Wasserrahmenrichtlinie nicht weiter hinnehmbar. Daher lehnen wir den Bau einer Pipeline von Neuhof bei Fulda zur Einleitung von Haldenabwässern in die Werra ab.

Die Auswirkungen der Salzlaugeeinleitung in die Werra betreffen alle Städte und Gemeinden entlang der Flüsse Fulda, Werra, Weser und haben überregionale Bedeutung, zumal auch andere Bundesländer betroffen sind.

Im Zeitraum von 1999 mit 2006 hat sich der Kurs der Aktie verachtfacht. Die Profite klettern ins Unermessliche, aber der Konzern ist der Meinung, die Beseitigung der Umweltschäden solle die Gesellschaft tragen: Gewinne werden privatisiert, Umweltschäden verstaatlicht. Das ist die Politik der K+S AG. Wir wollen eine andere Politik.

Arbeitsplatzsicherung und Umweltschutz sind kein Gegensatz und können in Einklang gebracht werden. Die Einigung aller vier bisher im Landtag vertretenen Parteien auf neue Vertragswerke mit Kali und Salz, die weitere Einleitungen vorsehen, können wir nicht nachvollziehen.

Wir setzen uns ein für:

- Stopp der Einleitungen in die Werra und Stopp der Laugenversenkung;

- Rückzahlungsverpflichtung von staatlichen Geldern wegen Verstoßes gegen das Werra-Entsalzungsabkommen;

- Einrichtung einer öffentlich kontrollierten Stiftung, in die Anteile aus den Profiten eingezahlt werden müssen, um spätere Umweltschäden aus dem Kalibergbau zu beseitigen;

- Verfüllung der Halden in die Bergbaustollen;

- Nutzung der Haldenmaterialien, die lediglich wegen der zu geringen Profite an der Verwertung aufgetürmt werden.

- Weigert sich die K+S AG, diese und andere Maßnahmen zur Sicherung der Umwelt und des Allgemeinwohls zu ergreifen, sollten die Möglichkeiten der hessischen Verfassung angewendet werden.

## Keine Erweiterung der hessischen Flughäfen

DIE LINKE kämpft gemeinsam mit vielen Menschen gegen den weiteren Ausbau der Flughäfen Frankfurt Rhein-Main und Kassel-Calden. Bereits heute sind in den Regionen rund um

die Flughäfen die zumutbaren Grenzen der Belastung überschritten. Eine Erhöhung der Umweltbelastung lehnen wir ab.

Um den Mobilitätsbedürfnissen Rechnung zu tragen, wollen wir ein effizientes integriertes Verkehrskonzept zwischen ÖPNV, Bahn und Flugzeug auf europäischer Ebene. Große Teile des inhereuropäischen Flugverkehrs können auf die Schiene verlagert werden. Die Flughäfen können miteinander kooperieren, anstatt in Konkurrenz zueinander Überkapazitäten aufzubauen und Umweltbelastungen zu maximieren.

Fluglärm belästigt nicht nur die Menschen, er macht krank; das belegen eindeutig Studien aus der Lärmwirkungsforschung. Geht die rasante Steigerung der Flugbewegungen so weiter, wird der Luftverkehr in wenigen Jahren Klimakiller Nummer eins sein.

Unbestreitbar ist, dass z. B. der Flughafen Rhein-Main für die Region eine enorme wirtschaftliche Bedeutung hat. Aber bei der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen für Mensch und Natur muss eine Grenze gezogen werden. Wir wissen, dass die Aussagen von Flughafenbetreiber wie Landesregierung nicht glaubwürdig sind: So haben sich die Arbeitsplatzprognosen über die »Jobmaschine Flughafen« als völlig unhaltbar erwiesen. Hier wurde mit von der Flughafen AG bestellten und bezahlten Gefälligkeitsgutachten gearbeitet. Trotzdem hält die Landesregierung auf Biegen und Brechen am Ausbau fest – zu Lasten der Bevölkerung.

DIE LINKE fordert:

- den Stopp des Flughafenausbaus und ein wirksames Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr;
- die Verringerung der Belastungen durch Fluglärm und Luftverschmutzung;
- die Abschaffung der Subventionierung des Flugverkehrs.

### **Bahn und ÖPNV müssen besser und billiger werden**

Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Der auf fossilen Brennstoffen basierende Verkehr, insbesondere der Individualverkehr, führt zugleich zu Umweltproblemen wie Belastung durch Feinstäube, Emission von Treibhausgasen oder Verkehrslärm. Durch die Kürzung der Regionalisierungsmittel werden auf vielen regionalen Bahnstrecken die Zugtaktung gestreckt, wichtige Verkehrsprojekte verschoben und Bahnstrecken stillgelegt.

Der Öffentliche Personennahverkehr ist auch Arbeitsplatz für Tausende Menschen in Hessen. Gerade diese Menschen haben in den vergangenen Jahren erleben müssen, wie die neoliberale Politik der Koch-Regierung ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen massiv verschlechtert hat. Der Versuch, zwangsweise in Hessen Ausschreibungen vorzuschreiben, hat zu Lohnsenkungen geführt. Die Beschäftigten wehren sich und kämpfen um ihr Auskommen und ihre Arbeitsplätze. Dieser Kampf kann aber nur gewonnen werden, wenn sich die politischen Rahmenbedingungen ändern. Wir treten ein für ein Tariftreugesetz, welches alle Verkehrsunternehmen verpflichtet, hessenweit nur noch einen Tarifvertrag anzuwenden.

DIE LINKE fordert:

- keine Privatisierung der Deutschen Bahn;
- Stopp von Strecken-Stilllegungen der Deutschen Bahn;
- Ausbau des ÖPNV zu einem umfassenden Mobilitätsangebot für die Nutzung im Berufsverkehr und in der Freizeit;
- preiswerte ÖPNV-Angebote für alle Menschen mit einer hessenweit gültigen HessenCard und Nulltarife in den Innenstädten.

### **Stärkung des ÖPNV**

DIE LINKE.Hessen ist der festen Überzeugung, dass alle Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der staatlichen Daseinsvorsorge eine Mobilitätsgarantie erhalten müssen, um nicht nur in den Ballungsräumen auch ohne eigenes Auto ausreichende Angebote für Verkehrsleistungen beim Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) zu erhalten.

Deshalb setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass die immer stärkeren Belastungen des ÖPNV, hervorgerufen durch neoliberale Entscheidungen auf Bundesebene, nicht nur zurückgeführt, sondern darüber hinaus auch noch abgebaut werden. Dazu gehören besonders die Regionalisierungsmittel des Bundes, die zukünftig massiv aufgestockt werden müssen. Weiterhin sollen einer sinnvollen und zukunftsweisenden Verkehrspolitik entgegenstehende Steuerbelastungen des ÖPNV – wie besonders die Mehrwert- und die Treibstoffsteuer – zumindest reduziert, besser noch abgeschafft werden.

### **Die Verkehrsbelastung für die Menschen reduzieren**

Auf Hessens Straßen und Autobahnen nehmen die Lkw-Transporte und der motorisierte Individualverkehr zu. Im Transportwesen ist insbesondere seit der EU-Osterweiterung die Hauptursache dafür in den Warenströmen von Roh-, Halb- und Fertigprodukten zu sehen. Eine Forderung nach Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene ist notwendig, aber nicht hinreichend. Auch muss die Raumordnungsplanung so geändert werden, dass lärmintensive Fernverkehrs-Trassen nicht durch Wohngebiete geführt werden.

DIE LINKE fordert:

- Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe zur Vermeidung von unsinnigen bzw. vermeidbaren Transportfahrten;
- neue Logistikkonzepte zur Verlagerung des Güterverkehrs von Autobahnen und autobahngerechter Anbindung hin zu Schienenverkehr und Güterbahnhöfen;
- integrierte Mobilitätskonzepte für einen leichten Umstieg im Berufs- und Freizeitverkehr von eigenen Fahrzeugen auf ÖPNV-Angebote;
- Tempo 130 Höchstgeschwindigkeit für Pkw auf allen hessischen Autobahnen;
- Förderung eines umweltfreundlichen Individualverkehrs (z. B. Radverkehr), bei dem ausschließlich regenerative Energien genutzt werden.

### **Für ökologischen Landbau und gegen Gentechnik**

Die bisherige Landwirtschaftspolitik stört unser Umweltgleichgewicht. Der ökologische Landbau trägt hingegen zum Gewässerschutz bei, erzeugt weniger Treibhausgase und ist in der Lage, diese zu binden, erhält die Artenvielfalt und bewahrt die kleinteilige, reich strukturierte Kulturlandschaft. Die Nachfrage nach gering belasteten, ökologisch erzeugten Lebensmitteln steigt.

Zwei Entwicklungsperspektiven für die hessische Land- und Forstwirtschaft wollen wir besonders befördern:

- eine schrittweise Hinführung aller landwirtschaftlichen Betriebe zu umweltverträglicheren Produktionsformen;
- die Erarbeitung und Anschubfinanzierung genossenschaftlicher Modelle, z.B. im Bereich Arbeitgeberzusammenschlüsse (AGZ).

DIE LINKE.Hessen hält an der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land fest und tritt für einen solidarischen Ausgleich der räumlichen Disparitäten ein. Unser Steuerkonzept beinhaltet eine deutliche Erhöhung und Verstetigung der Einnahmen strukturschwacher Kommunen.

Mit einer überwältigenden Mehrheit lehnen die Menschen in Deutschland gentechnisch veränderte Nahrungsmittel ab. Dennoch streicht die CDU-Regierung die Förderungen des ökologischen Landbaus und favorisiert den industriellen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen und chemieintensiver Monokulturen von Energie- und Futterpflanzen. Flächenkonkurrenz ist die Folge, die verbrauchernahe Versorgung wird gefährdet, und letzte bäuerliche Strukturen werden zerstört.

Als Sofortmaßnahme brauchen wir einen wirksamen Schutz für die agro-gentechnikfreie Landwirtschaft. Die Interessen der Nichtanwender und Imker müssen geschützt werden. Eine Einschränkung des Standortregisters ist für uns inakzeptabel. Der Deklarationsgrenzwert muss zum Schutz der Verbraucher von 0,9 auf 0,1 Prozent gesenkt werden.

DIE LINKE setzt sich für eine soziale und ökologische, also nachhaltige Landwirtschaft ein, die regionale Wertschöpfung befördert, existenzsichernde Arbeitsplätze schafft und im Sinne einer gerechteren Welthandelsordnung agiert.

Preise für konventionell erzeugte Lebensmittel müssten die Kosten für die Beseitigung der Folgen ihrer Herstellung enthalten (z.B. Trinkwasseraufbereitung, Hochwasserschutz u.a.). Dann wären biologische Lebensmittel heute schon billiger als konventionell erzeugte.

Die für die Landwirtschaft gezahlten Subventionen sind völlig undurchsichtig verteilt. Es gibt nur zwei vermittelbare Gründe, die Landwirtschaft zu subventionieren, einmal die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Die jetzige Form bewirkt genau das Gegenteil, nämlich Rationalisierung sprich Arbeitsplatzabbau. Zum zweiten, die Honorierung für das Erbringen von ökologischen Leistungen. So besteht hier ein dringender Handlungsbedarf. Die von der EU geforderte Transparenz muss auch in Deutschland eingeführt werden.

Für die landwirtschaftliche Sozialversicherung bringt der Strukturwandel in der Landwirtschaft große Probleme. Dieses bisher eigenständige System muss in die allgemeine gesetzliche Sozialversicherung integriert werden.

DIE LINKE fordert:

- Stärkung des ökologischen Landbaus;
  - regionale Vermarktung von Agrarprodukten;
  - sofortige Umsetzung der EU-Richtlinie zur Einführung der Transparenz über die ausgezahlten Fördermittel in der Landwirtschaft;
  - Einbeziehung von Folgekosten des Einsatzes von Kunstdünger und chemischen Pflanzenschutzmitteln in die Preise für konventionelle Lebensmittel;
  - Eingliederung der bisher selbstständigen Sozialversicherung für Landwirte in die gesetzliche Sozialversicherung;
  - Verhinderung von Anbauflächen mit gentechnisch verändertem Saatgut;
  - Stopp des Ausbaus von Anbauflächen für Agro-Kraftstoffe.
- Der Ausbau von Anbauflächen für Agro-Kraftstoffe darf nicht zu Lasten der Lebensmittelproduktion gehen. Weder in Hessen noch anderswo.

### **Wald- und Forstwirtschaft als Ressourcenschutz**

Für den Schutz von Wasser, Luft und Boden haben die hessischen Wälder eine herausragende Bedeutung. Jedoch ist ihr Zustand besorgniserregend. DIE LINKE tritt für die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder, orientiert an den Leitlinien des ökologischen Waldbaus, ein.

Deshalb wird sich DIE LINKE auf Landesebene für strengere Luftreinhaltemaßnahmen einsetzen. Darüber hinaus tritt DIE LINKE für eine nachhaltige und ökologische Bewirtschaftung der Hessischen Wälder ein. In einem ersten Schritt sind die dem Land Hessen gehörenden Wälder entsprechend zu bewirtschaften. Eine rein betriebswirtschaftliche Orientierung des Waldbaus gefährdet unsere Lebensgrundlagen. Dazu tragen auch die zunehmenden Dumpinglöhne im Bereich des Hessischen Landesbetriebs Forst bei, die eine sorgsame Waldbewirtschaftung untergraben. DIE LINKE fordert deshalb, dass reguläre Tarifverträge eingehalten und mit den Gewerkschaften abgeschlossen werden. Außerdem steigt der Druck, Waldholz als neue Rohstoffquelle und als Ersatz für abnehmende Öl- und Gasvorräte einzusetzen. Es besteht die Gefahr, dass große Investoren längerfristig profitable Geschäfte auf Kosten einer nachhaltigen Forstwirtschaft machen wollen. Auch deshalb wird DIE LINKE mögliche Privatisierungen von Staats- und Kommunalwald ablehnen.

### **Tierschutz**

Tiere sind in unserer Gesellschaft als »Produktionsfaktor« der Ausbeutung durch die Wirtschaft und die Wissenschaft hilflos ausgesetzt. Tierschutz darf nicht mehr unter dem Vorbehalt wirtschaftlicher Interessen betrachtet werden.

Wir fordern daher den Tierschutz als Staatsziel auch in der Landesverfassung zu verankern. Dies muss einhergehen mit der Forderung nach einem Verbandsklagerecht. Dies ist seit der Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz seit langem überfällig.

# VI. Endlich mehr Demokratie wagen

## **Volksbegehren und Volksentscheid**

Demokratische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen über die Belange der Allgemeinheit ist für DIE LINKE ein Eckpfeiler einer anderen Politik. Mehr direkte Demokratie erweitert die Möglichkeit und die Bereitschaft zur Mitgestaltung in der Gesellschaft.

Wir treten deshalb dafür ein, wirksame Formen direkter Beteiligung in Gemeinden, Landkreisen und auf Landesebene einzuführen. Das soll auch für Themen gelten, die auf europäischer Ebene entschieden werden, auf die die Landesregierung aber über den Bundesrat Einfluss nehmen kann.

Die hessischen Regelungen zur direkten Demokratie und Mitentscheidung der Bevölkerung sind bundesweit die schlechtesten. Die formalen Hürden sind so hoch, dass bisher jede landesweite Initiative scheiterte. Nur die Volksklage gegen die Studiengebühren vor dem Staatgerichtshof konnte durch einen einmaligen Kraftakt aller Beteiligten formgerecht eingereicht werden.

DIE LINKE.Hessen tritt deshalb ein für:

- Senkung der Unterschriftenzahl auf 3000 Unterschriften für einen Antrag auf Volksbegehren;
- Senkung des Unterschriftenquorums zur Einleitung eines Volksbegehrens von 20 Prozent auf 4 Prozent der Wahlberechtigten;
- Ausdehnung der Frist zur Sammlung der Unterschriften auf 8 Monate;
- bei Volksentscheiden soll die einfache Mehrheit der Stimmen ohne Quorum entscheiden;
- die Beglaubigung der Unterschriften muss kostenfrei durch jede dienstsiegelführende Stelle vorgenommen werden können; eine personenbezogene Datenerfassung der TeilnehmerInnen ist zwingend zu untersagen;
- es wird eine Regelung für eine Abstimmungskosten-erstattung für die Initiatoren eingeführt.

## **Bürgerrechte und Mitbestimmung ausbauen**

Im Mittelpunkt der Debatte um die »Innere Sicherheit« steht auch in Hessen die Gefährdung durch den »Terrorismus«. Persönliche Freiheitsrechte, die den einzelnen Bürger vor staatlichen Übergriffen schützen, sollen unter dem völlig unbestimmten Begriff der »Gefahrenabwehr« massiv eingeschränkt werden. Schleierfahndung, Internetüberwachung, Vorratsdatenspeicherung, verdachtsunabhängige Kontrollen sind die Stichworte. Neuerdings wird sogar die Frage diskutiert, ob es den Strafverfolgungsbehörden erlaubt sein soll zu foltern und ob die Bundeswehr im Innern eingesetzt werden dürfe.

Doch mit der Einschränkung von Freiheitsrechten, dem Ausbau des Überwachungsstaates und der Militarisierung der Innenpolitik kann die Gefahr von Terroranschlägen in Deutschland nicht reduziert werden, da diese Gefahr im Wesentlichen erst durch Bundeswehreinsetze in aller Welt, insbesondere in Afghanistan, heraufbeschworen worden ist. Da »innere und äußere Sicherheit nicht zu trennen« sind (Merkel), tritt DIE LINKE für den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ein.

Die LINKE lehnt alle Versuche, unter dem Vorwand, die Sicherheit der Bevölkerung zu schützen, Freiheiten zu beschneiden, entschieden ab.

Das Land Hessen investiert hohe Summen in neue Gerichtsgebäude, gleichzeitig werden kaum neue Richterstellen

geschaffen. Vor allem die Arbeits- und Sozial-Richterinnen und -Richter sind aufgrund des desolaten Zustandes auf dem Arbeitsmarkt und den Hartz-IV-Gesetzen einer kaum zu bewältigenden Prozessflut ausgesetzt.

In Hessen macht der neoliberale Privatisierungswahn nicht einmal vor den Strafanstalten Halt. Eine Teilprivatisierung von Gefängnissen – wie beispielsweise in Hünfeld – lehnen wir ab. Strafverfolgung und Strafvollzug müssen Aufgabe des Staates bleiben.

DIE LINKE fordert:

- mehr Richter- und Richterinnenstellen an den hessischen Arbeits- und Sozialgerichten;
- Bei Anfechtungen von Bescheiden der öffentlichen Verwaltung die Kostenfreiheit des Widerspruchsverfahrens und des Anhörungsverfahrens nach der alten Regelung;
- Rücknahme und Stopp aller Privatisierungen im hessischen Strafvollzug;
- konsequente Umsetzung des Resozialisierungsziels im hessischen Strafvollzug;
- unzweideutige Einhaltung des grundsätzlichen Folterverbots.

## **Datenschutz und Privatsphäre**

Durch die neuen Medien und die verstärkte Nutzung des Internets ergeben sich neue Chancen auf freie unzensurierte Information und Diskussion, aber auch ernste Gefahren für die Freiheit des Einzelnen. Die neue Technik ermöglicht den Behörden und Geheimdiensten, aber auch Arbeitgebern und Konzernen, die totale Überwachung und die Schaffung des gläsernen Bürgers.

Um so wichtiger wird der Schutz der Privatsphäre. Auch das Bundesverfassungsgericht hat diese Notwendigkeit in seinem Volkszählungsurteil von 1983 anerkannt und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung formuliert.

Bundesregierung und hessische Landesregierung ignorieren jedoch dieses Urteil zunehmend und tun nichts, um die Kontrolle der Bürger über die Speicherung und Nutzung ihrer persönlichen Daten zu stärken. Im Gegenteil betreiben sie unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung die totale Überwachung von Telefon, Internet und E-Mail und propagieren teilweise offen die Abschaffung von im Grundgesetz garantierten Freiheitsrechten.

Demgegenüber hat DIE LINKE auch in der Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Geschichte erkannt, dass die freie Entwicklung jedes Einzelnen die Voraussetzung für die Freiheit Aller ist. Die Einschränkung von Freiheitsrechten, Privatsphäre und Datenschutz schafft nicht mehr Sicherheit, sondern ist längst eine viel größere Bedrohung für die Demokratie als Terrorismus und Kriminalität. Wir verteidigen aktiv die durch Grundgesetz und Volkszählungsurteil garantierte Selbstbestimmung des Einzelnen.

Wir fordern konkret von der hessischen Landesregierung:

- Rechtsmittel gegen die EU-Richtlinien zur Vorratsdatenspeicherung; Gesetzesinitiativen im Bundesrat gegen den Überwachungsstaat;
- Anwendung des Briefgeheimnisses auf elektronische Kommunikation; die Sammlung von persönlichen Kommunikationsdaten jeder Art durch Polizei und Behörden ist grundsätzlich nur in Einzelfällen aufgrund eines richterlichen Beschlusses zulässig;

- Einführung eines Anspruches aller Bürger auf kostenlose Auskunft und Korrektur und gegebenenfalls Löschung von Daten gegenüber den Betreibern zentraler Datenbanken;
- Stärkung und erleichterte Durchführung des Auskunftsrechts gegenüber Behörden und staatlichen Organen;
- Förderung von Anonymisierungsdiensten im Internet; Aufhebung der Anonymisierung nur nach richterlicher Anordnung;
- Daten und Medien, die mit Steuergeldern erstellt wurden, müssen grundsätzlich allen Bürgerinnen und Bürgern kostenlos zur nichtkommerziellen Nutzung zur Verfügung stehen;
- Stärkung der Rechte von Datenschutzbeauftragten und ihrer Unabhängigkeit gegenüber Weisungen;
- Schluss mit der Kriminalisierung von file-sharing-Netzwerken und Tauschbörsen. Stärkung des freien Informationsaustausches und des Rechts auf Privatkopie; gleichzeitig besserer Schutz von Autoren, Künstlern und Programmierern gegen Niedriglöhne und kommerzielle Ausbeutung durch Medienkonzerne und Auftraggeber;
- Schutz der freien Meinungsäußerung im Internet gegen ausufernde Abmahnungen und Unterlassungsklagen durch finanzstarke Konzerne und Interessenverbände.

### **Kommunale Selbstverwaltung stärken**

Städte und Gemeinden sind unsere Lebensumwelt; hier wollen sich die Menschen wohl fühlen, hier können sich viele engagieren. Ihre Vernachlässigung ist Vernachlässigung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Sie brauchen stabile Einnahmen und eine bessere Finanzausstattung. Durch die Kommunen und Landkreise werden ganz wesentliche Bereiche der Daseinsvorsorge erbracht, für die ein zu geringer Anteil der öffentlichen Mittel zur Verfügung steht. Vor allem ländliche Regionen müssen stärker gefördert werden, damit sie wirtschaftlich und kulturell nicht abgehängt werden und nicht immer mehr Menschen diese Regionen verlassen.

DIE LINKE fordert:

- die Rekommunalisierung aller privatisierten Produktions- und Dienstleistungsbereiche, wie beispielsweise des öffentlichen Personennahverkehrs, der Wasser- und Energieversorgung sowie Schwimmbäder;
- auf Landesebene diesen Prozess der Rekommunalisierung nicht nur rechtlich, sondern auch finanziell zu fördern.

Kommunalpolitik berührt die Menschen unmittelbar. Allerdings ist die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen besonders gering. Das ist auch eine Folge von zur geringen Entscheidungskompetenzen der Kommunen und von zu wenig Bürgerbeteiligung vor Ort.

Der Benachteiligung der jungen Generation, von Frauen und insbesondere von Menschen ausländischer Herkunft muss auch dadurch entgegengewirkt werden, dass deren Einfluss in den kommunalen Körperschaften erhöht wird.

Vor allem junge Menschen müssen politisch ernst genommen werden und mehr demokratische Rechte erhalten. DIE LINKE tritt deshalb dafür ein, das Kommunalwahlrecht auf 16 Jahre zu senken, wie es in vielen Bundesländern schon üblich ist.

Ferner sollen Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene ihre eigenen Ausschüsse oder Jugendparlamente schaffen können, die Rede- und Antragsrechte in den Kommunalparlamenten haben.

DIE LINKE fordert:

- die Erweiterung der Rechte von Ortsbeiräten und AusländerInnen-Vertretungen;

- die Einführung von Informations- und Rechenschaftspflicht der gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger;
- die Möglichkeit, die Bürger an der Gestaltung der kommunalen Haushalte direkt zu beteiligen (Bürgerhaushalte).

### **Nein zu dieser Föderalismusreform**

Die von der CDU-Landesregierung betriebene Föderalismus-Reform führt zu einem Rückfall in die deutsche Kleinstaaterei. Sie dient dem Abbau sozialer Rechte, z. B. der Mitbestimmungsrechte oder der Verschlechterung der Ladenschlusszeiten sowie dem Abbau des Naturschutzes. Reiche Bundesländer können die Ansiedlung von Unternehmen stärker fördern als arme. Das führt zu einer weiteren Konzentration der Wirtschaftskraft statt zu einer gleichmäßigen Förderung der Regionen.

DIE LINKE fordert:

- Beendigung der ruinösen Standortkonkurrenz;
- einen solidarischen Länderfinanzausgleich;
- eine antizyklische Konjunkturpolitik;
- die Ablehnung der Föderalismusreform II, die u. a. eine verbindliche Verschuldungsgrenze der Länder nach dem Maastrichtmodell vorsieht.

### **Für eine zukunftsfähige Migrations- und Integrationspolitik**

Nach mehr als 50 Jahren bundesdeutscher Migrationsgeschichte ist festzustellen, dass MigrantInnen noch immer vielfachen gesellschaftlichen Ausgrenzungen ausgeliefert sind. In der bundesdeutschen Realität sind die MigrantInnen oft in ihrer Wohnumgebung isoliert, in der Arbeitswelt überwiegend mit niedrigen Tätigkeiten betraut und vom gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben ausgeschlossen.

Der überwiegende Teil der MigrantInnen hatte keinerlei Bildungschancen. Für die jeweils nachfolgenden Generationen setzt sich diese negative Entwicklung nahtlos fort. Dies ist zentral die Folge einer verkehrten und die Realität verleugnenden Politik. Hessen braucht eine nachholende Integrationspolitik, die durch gezielte und unkonventionelle Maßnahmen bessere Arbeits- und Lebenschancen für die MigrantInnen eröffnet.

Wir fordern eine Politik, die alle in Hessen lebenden Menschen in ihrer Vielfalt gleichbehandelt und dadurch den Zusammenhalt der Gesellschaft fördert. Die Komplexität des Themas Integration wurde in der hessischen Politik noch nicht verstanden.

Wir verstehen unter Integration die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben in einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft. Wir lehnen die Reduktion des Begriffes der Integration auf ein bloß kulturelles Phänomen ab. Integration auf den Kulturbegriff zu reduzieren, begünstigt die gesellschaftliche und politische Ausgrenzung von MigrantInnen.

### **Ministerium für Migration und Integration**

DIE LINKE fordert die Einrichtung eines »Ministeriums für Migration und Integration« mit dem Ziel, ein tragfähiges Migrations- und Integrationskonzept zu erarbeiten, dieses auf allen Ebenen des Landes Hessen umzusetzen und die Umsetzung in regelmäßigen Abständen zu evaluieren. Im Rahmen dieses Konzeptes sollten neue Wege mit allen Beteiligten verabredet und die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Ein weiterer Schwerpunkt der ministeriellen Arbeit soll darin liegen, als Ansprechpartner für alle Privatpersonen, Vereine und Institutionen zu dienen, welche sich mit dem Thema Migration und Integration auseinandersetzen.

## **Chancengleichheit verwirklichen**

Die MigrantInnen sind von Sozialabbau und Neoliberalismus besonders hart betroffen. Durch Hartz IV ist der Anschluss an den Arbeitsmarkt und die Familienzusammenführung fast unmöglich geworden. Aufgrund des ALG II erhalten viele kein dauerhaftes Bleiberecht mehr. Zudem wird die Einbürgerung erschwert, und im Extremfall droht die Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis!

Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit und mangelnde Bildung sozial Benachteiligter sind Bestandteile der allgemeinen Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Sie wirken auf MigrantInnen in besonderem Maße negativ, da ihnen oft einseitig die Schuld an ihrer Situation zugeschrieben wird. Wir sind gegen jede Politik, die Zuwanderer und Einheimische spalten will.

Der Öffentliche Dienst muss Vorreiter für die Integration in Ausbildung und Berufsleben werden. Eine stärkere interkulturelle Öffnung der Verwaltung ist anzustreben. Die interkulturelle Kompetenz von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst muss verstärkt gefördert werden. Die Arbeitsmarktpolitik soll auf die Wiedereingliederung niedrig qualifizierter Menschen ausgerichtet werden.

In Institutionen wie Krankenhäusern, Beratungsstellen und Gefängnissen müssen mehr Fachkräfte mit interkultureller Kompetenz und Migrationshintergrund eingesetzt werden. Die Kompetenzen aller in diesem Bereich Tätigen müssen mit Fortbildungen stets weiterentwickelt werden. Der Unterstützung von MigrantInnen im Bereich der psychosozialen Beratung und der psychotherapeutischen Betreuung ist durch eine gezielte Ausbildung und die Einrichtung entsprechender Stellen entgegenzuwirken.

Bei Jugendlichen herrscht Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit. Deshalb müssen Beratungsstellen und Berufsfördermaßnahmen für Frauen und Jugendliche ausgebaut werden. Besonders Frauen und Mädchen müssen, damit sie ein eigenständiges Leben führen können, durch Berufsbildungsprogramme und institutionelle Unterstützung in ihrem Alltag gestärkt werden.

Die erste Generation der MigrantInnen hat längst das Rentenalter erreicht. Immer mehr MigrantInnen bedürfen der Unterstützung und Pflege durch öffentliche Einrichtungen. Wir fordern, dass muttersprachliche Beratungsstellen nicht weiter zurückgefahren, sondern im Hinblick insbesondere auf die Gruppe der Senioren ausgebaut werden.

MigrantInnen gelten in unserer Gesellschaft häufig als unqualifiziert und ungelernt, unter anderem auch deswegen, weil ihre schulischen und beruflichen Abschlüsse aus ihren Herkunftsländern nur unter komplizierten Voraussetzungen oder überhaupt nicht anerkannt werden. Dadurch werden in der Gesellschaft vorhandene Ressourcen verschleudert. Die Akzeptanz ausländischer Bildungsabschlüsse muss deshalb erhöht und für qualifizierte MigrantInnen sollen verstärkt Anpassungsfortbildungen entwickelt und angeboten werden.

Wir fordern eine positive Öffentlichkeitskampagne zum Allgemeinen Gleichstellungsgesetz und die Einrichtung einer Hessischen Antidiskriminierungsstelle.

Unter diesem Punkt sind auch die kommunale Wohnungspolitik und Projekte, wie die »Soziale Stadt«, sehr wichtig, die in Zusammenarbeit mit den Kommunen erweitert und unterstützt werden sollten.

## **Politische Partizipation als eine Demokratiefrage**

Wer politisch nicht die gleichen Rechte hat, der steht außerhalb der staatlichen Gemeinschaft. Wir LINKEN erheben die Forderung Wahlrecht für alle, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, beginnend ab der Kommune.

Denn besonders auf der kommunalen Ebene ist es notwendig, MigrantInnen intensiv in die Politik einzubinden. Es ist undemokratisch, eine enorm große Zahl von Menschen zu Bürgern 2. Klasse zu machen.

Weiterhin sind wir dafür, dass diskriminierende Einbürgerungstests abgeschafft werden und die Einbürgerung erleichtert wird. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung nach dreijährigem Aufenthalt ohne Verzicht auf die bisherige Staatsangehörigkeit. Kinder aus binationalen Ehen sowie MigrantInnen aus Staaten, die eine Rückgabe der Staatsbürgerschaft ablehnen, besitzen bereits die doppelte Staatsbürgerschaft, ohne dass daraus Probleme entstehen.

Alle in Deutschland geborenen Kinder ausländischer Staatsbürger, bei denen zumindest ein Elternteil eine Aufenthaltserlaubnis besitzt oder nach Antragstellung erhält, müssen »automatisch« die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten.

Wir lehnen jede Politik ab, die Versäumnisse in der Integration und die geschaffenen sozialen Probleme dadurch lösen will, dass sie die Betroffenen in den Staat ihrer formalen Staatsangehörigkeit deportiert.

Wir fordern deshalb ein absolutes und sofortiges Ausweisungsverbot für Jugendliche und Heranwachsende. Wir fordern ein absolutes Absehen von Ausweisung nach fünfjährigem Aufenthalt in der BRD. Statt der durch den Deutschen Bundestag im Juli 2007 beschlossenen Erschwerung des Zuzugs von Ehepartnern fordern wir die unbehinderte Nachzugsmöglichkeit für Ehepartner und den ausländischen Elternteil eines in Deutschland lebenden Kindes. Die Nachzugsmöglichkeit muss uneingeschränkt für alle Kinder unter 18 Jahren gelten.

Allen Menschen mit Aufenthaltserlaubnis und Flüchtlingen im Asylverfahren muss die Möglichkeit zur Ausübung jeder Erwerbstätigkeit eingeräumt werden.

## **Flüchtlinge brauchen Schutz – das Recht auf Asyl erhalten**

So lange es Kriege und soziale Ungleichheit gibt, wird es Flucht geben. Es ist daher falsch, mit einer repressiven Asylpolitik gegen die Flüchtlinge und nicht gegen die Ursachen der Flucht zu kämpfen. Das Asylrecht ist Teil der Menschenrechte und Ausdruck unserer politischen, humanitären und geschichtlichen Verantwortung. Den restriktiven Abbau der Asylrechte nehmen wir nicht länger hin.

Die Kettenduldung muss abgeschafft und jede Abschiebung von einer unabhängigen Kommission überprüft werden. Wir fordern den sofortigen Erlass einer stichtagsunabhängigen Altfallregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge und Menschen mit unregelmäßigem Aufenthaltsstatus. Auch treten wir für die Abschaffung des zutiefst inhumanen Flughafenverfahrens und des Asylbewerberleistungsgesetzes ein, damit Flüchtlingen die üblichen Sozialstandards zuerkannt werden einschließlich einer angemessenen medizinischen Versorgung.

Dem Grundrecht auf Asyl muss im Alltag wieder zur Geltung verholfen und dadurch diesen Menschen eine Zukunftsperspektive eröffnet werden. Flüchtlingsschutz ist allen zu gewähren, solange Deutschland für Rückkehrer keine Sicherheitsgarantie geben kann.

Bundesamt und Gerichte ziehen häufig Verfahren in die Länge, um keinen Flüchtlingsschutz zu gewähren. Wessen Verfahren nach 18-monatiger Dauer noch nicht abgeschlossen ist, muss einen Anspruch auf humanitären Aufenthalt bekommen. Das gleiche gilt für alle abgelehnten Flüchtlinge, die wegen Krankheit, sozialem Elend oder Bürgerkrieg im Heimatland nicht sofort zurückkehren können.

## **Menschen aus der Illegalität holen**

In Hessen leben etwa 100.000 Menschen mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus. Sie führen ihr Leben in einem rechtlosen Raum. Ihre Situation wird häufig skrupellos ausgenutzt. Sie arbeiten für Hungerlöhne ohne jede soziale Absicherung und sind von jeder Partizipation ausgeschlossen.

Wir treten dafür ein, diese Menschen aus der Illegalität durch Legalisierungskampagnen zu holen.

Wie in Bayern, Bremen und Schleswig-Holstein muss den Kindern mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus der Schulbesuch ermöglicht werden.

Die medizinische Grundversorgung muss für Menschen mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus durch die sofortige Streichung der Meldepflicht für Krankenhäuser, Ärzte, Beratungsstellen usw. gewährleistet werden.

## **Neofaschismus bekämpfen**

Die Neofaschisten finden in Hessen Anschluss an nationalistische und rassistische Stimmungen, die sich in der Mitte der Gesellschaft ausbreiten. Die Landesregierung spielt taktisch mit ausländerfeindlichen Stimmungen. Damit begünstigt sie ein politisches Klima, in dem der Neofaschismus gedeiht. In Hessen haben die ehemaligen »Freien Kameradschaften« die NPD weitgehend übernommen. Diese gemeinsam agierende Szene verbreitet eine aggressive nationalistische, antisemitische, rassistische Ideologie. Dieser Entwicklung wird das staatliche Handeln der Behörden des Landes nicht gerecht. Der Terror, den Neonazis auf den Straßen verbreiten, richtet sich gegen alle, die nicht in das Bild ihrer »Volksgemeinschaft« passen: Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, Muslime, Obdachlose, Behinderte oder Linke.

Deshalb tritt DIE LINKE dafür ein, dass das Land Hessen die Initiative für ein Verbot der NPD unterstützt. Wir fordern, dass das Land Hessen jährlich einen Bericht »Zur Entwicklung der neofaschistischen Szene in Hessen« vorlegt, dessen Ergebnisse in eine Landesinitiative umgesetzt werden. An seiner Formulierung und Umsetzung sind die lokalen und regionalen gesellschaftlichen Initiativen gegen den Neofaschismus zu beteiligen. Alle gesellschaftlichen Initiativen gegen Neofaschisten und Rassisten sind ausdrücklich zu ermutigen und zu unterstützen.

DIE LINKE fordert:

- den Ausbau der Jugend- und Bildungsarbeit in Hessen, um demokratisches und fortschrittliches Denken und Handeln zu unterstützen;
- organisatorische und finanzielle Unterstützung von antifaschistischen und antirassistischen Initiativen und Projekten;
- die Beendigung der Diskriminierung von aktiven AntifaschistInnen durch staatliche Stellen – insbesondere der Anwendung von §32 HSOG (Unterbindungsgewahrsam) gegen Nazigegegnerinnen und -gegner.

## **Friedenspolitik in Hessen**

Die Hessische Verfassung, deren 60. Jahrestag im Herbst 2006 begangen wurde, bietet eine hervorragende Grundlage für eine Politik, die die Spirale von Rüstung und Gewalt durchbricht. Sie ist in ihrem ganzen Tenor antifaschistisch, demokratisch, sozial und antimilitaristisch. Aktive Friedenspolitik hat in Hessen Verfassungsrang: »Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.« (Artikel 69, Ziffer 1 und 2)

Der Nutzung der hessischen Infrastruktur für US- und NATO-Einsätze, militärische Auslandseinsätze der Bundes-

wehr, CIA-Flüge, Waffenhandel usw. setzen wir unseren entschiedenen Widerstand entgegen. Die Verlegung des Headquarters der US-Landstreitkräfte nach Wiesbaden und den damit verbundenen Ausbau der dortigen militärischen Einrichtungen, die von der Hessischen Landesregierung und Kochs Vertrautem Franz-Josef Jung ausdrücklich begrüßt und vorangetrieben wird, lehnen wir kategorisch ab.

DIE LINKE in Hessen wendet sich ebenso wie im Bund massiv gegen den Einsatz der Bundeswehr im Innern und damit gegen die Aufgabe der rechtsstaatlich gebotenen Trennung von Polizei und Militär. Einer entsprechenden Änderung des Grundgesetzes darf Hessen nicht zustimmen.

Ebenso sagen wir den Plänen unseren Widerstand an, die abgelehnte EU-Verfassung, die u. a. die Mitgliedstaaten zu militärischer Hochrüstung verpflichten soll und deren Parlamente entmündigt, erneut vorzulegen und mit Verfahrenstricks gegen den Willen der BürgerInnen Europas durchzudrücken.

Der drohenden Militarisierung von Staat und Gesellschaft setzt DIE LINKE. Hessen die zivile Konfliktbearbeitung, aktive Friedensförderung und globale Zusammenarbeit entgegen. Diesen Zielen soll nach unserem Willen die Einführung einer konsequenten Friedenserziehung in allen Schulen auf der Basis der Hessischen Verfassung dienen.

# VII. Finanzierung sicherstellen

DIE LINKE erinnert an die Grundlagen der Hessischen Verfassung: »Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen. Zu diesem Zweck hat das Gesetz die Maßnahmen anzuordnen, die erforderlich sind, um die Erzeugung, Herstellung und Verteilung sinnvoll zu lenken und jedermann einen gerechten Anteil an dem wirtschaftlichen Ergebnis aller Arbeit zu sichern und ihn vor Ausbeutung zu schützen.« (Art.38)

Unsere landespolitischen Forderungen sind finanzierbar. Denn zusätzliche Arbeitsplätze führen zu höheren Steuereinnahmen und zu Entlastungen bei den Sozialausgaben von insgesamt etwa einer halben Milliarde Euro. Die verbleibenden Nettokosten könnten aus den Mehreinnahmen der kommenden Landeshaushalte finanziert werden. Gegenüber der Mittelfristigen Finanzplanung erwartet der Arbeitskreis Steuerschätzung für das Jahr 2008 zusätzliche Einnahmen (nach Länderfinanzausgleich und Kommunalem Finanzausgleich) von etwa einer Milliarde Euro für Hessen. Zusätzliche Steuereinnahmen entstehen, wenn unsere Forderungen zur Steigerung der Arbeitnehmerinnen (insbesondere Mindestlöhne, Tariftreuegesetz, Arbeitsmarktmaßnahmen) durchgesetzt werden. Zudem werden wir Ausgaben im Landeshaushalt umschichten. Insbesondere werden wir auf den Ausbau der hessischen Flughäfen verzichten. Damit werden zusätzliche Finanzmittel für soziale und ökologische Zukunftsinvestitionen erschlossen. Sparhaushalte auf Kosten der Bevölkerung lehnen wir ab.

Die Einnahmeseite muss konsolidiert werden. Dazu bieten sich weitere Möglichkeiten in der Zuständigkeit der hessischen Landespolitik:

Betriebsprüfungen der Finanzbehörden führten 2005 bundesweit zu Steuernachzahlungen von insgesamt rund 14 Milliarden Euro. Jeder Betriebsprüfer bringt mehr als 1 Million Euro an nachzuzahlenden geschuldeten Steuern. DIE LINKE fordert aus Gründen der Steuergerechtigkeit wie aus Gründen der Sicherung von Staatseinnahmen die Ausbildung und Einstellung von Finanzbeamten in Hessen für die steuerlichen Außenprüfungen (Betriebsprüfungen) und für die Steuerfahndung. Das Ziel muss es sein, den Überprüfungsrythmus für Großbetriebe in Hessen von 4 bis 5 Jahren für Großbetriebe und von 16 Jahren für Mittelbetriebe auf einen jährlichen Rhythmus für Großbetriebe und 5 Jahre für Mittelbetriebe zu erhöhen.

Die Wirtschaftskriminalität beeinträchtigt die Steuereinnahmen beträchtlich:

Laut Bundeskriminalamt sind zwar nur 1,7 Prozent aller registrierten Straftaten Wirtschaftsdelikte. Auf diese 1,7 Prozent entfallen aber 60 Prozent des durch Kriminalität angerichteten Gesamtschadens. Das sind bis zu 500 Milliarden Euro an materiellen, in Geld ausdrückbaren, Schäden jährlich.

Die von der LINKEN geforderte verbesserte Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität wird so auch die Staatseinnahmen wesentlich verbessern.

DIE LINKE fordert den Ausstieg aus dem Millionengrab Neue Verwaltungssteuerung. Diese hat das Land seit 1998 eine halbe Milliarde Euro gekostet, ein Ende ist nicht abzusehen.

DIE LINKE fordert eine Bestandsaufnahme der bisherigen Privatisierungsprojekte und echte Wirtschaftlichkeitsvergleiche, um zu prüfen, inwieweit die teuren sale-and-lease-back-, PPP- und ähnliche Projekte wieder rückgängig gemacht und so die Staatsausgaben gesenkt werden können.

DIE LINKE wird sich für eine sozial gerechte Steuerpolitik

auch auf Bundesebene einsetzen: Allein die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftssteuer und die Erhebung einer Börsenumsatzsteuer plus einer Ausweitung der Gewerbesteuer auf freiberuflich Tätige würde die öffentlichen Haushalte stabilisieren und Spielräume für eine aktive Sozial-, Bildungs- und Umweltpolitik eröffnen.

## Politik mit den Menschen

Wir machen keine Stellvertreterpolitik, sondern Politik mit den Menschen. Wir setzen auf Transparenz, Mobilisierung und Beteiligung der Bevölkerung. Wir unterstützen alle, die sich für eine solidarische, sozial gerechte und friedliche Politik einsetzen. Innerhalb und außerhalb des Parlaments kämpfen wir für den Erhalt und die Erneuerung des Sozialstaates. DIE LINKE wird Vorschläge, Forderungen und Anliegen aus sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen und Bevölkerungskreisen ins Parlament bringen.

Mit vereinter Kraft treten wir nicht nur im Bundestag, in Landtagen und in vielen Kommunalparlamenten für eine politische Alternative ein. Wir sind Bestandteil der sozialen Bewegungen. Wir unterstützen Bürgerbegehren gegen Privatisierungen, gewerkschaftliche Proteste und Streiks gegen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Lohnraub, Proteste von Lehrpersonal, Schülern und Eltern für bessere Schulen, Studierendenproteste gegen Studiengebühren und vieles mehr.

# Fachliche Anhänge

## **Drogenpolitik: Für rationale und humane Veränderungen!**

Die gegenwärtige Drogenpolitik schafft eine Vielzahl von Problemen:

- Das materielle und psychische Elend von Drogenkranken ist nicht nur in Ballungsräumen sichtbar und die Zahl der Drogentoten ist wieder gestiegen. Dies ist zu einem erheblichen Teil auch die Folge einer verfehlten Drogen- und Repressionspolitik der Landesregierung.
- Die Unterscheidung zwischen legalen und illegalen Drogen folgt keinem nachvollziehbaren Prinzip, sondern ist zufällig und willkürlich. Vielfältige Erfahrungen zeigen, dass staatliche Verbote nur selten vom Drogenkonsum abhalten können. Stattdessen wird durch die Prohibitionspolitik (Verbotspolitik) ein illegaler Wirtschaftszweig befördert. Die Alkohol-Prohibition in den USA von 1919 bis 1933 ist hierfür ein abschreckendes Beispiel.
- Die derzeitige Kriminalisierung von drogengebrauchenden Menschen schafft durch Zerstörung von Lebensläufen, Vertrauensverhältnissen, Freundschaften und Familien mehr Probleme, als sie vorgibt zu lösen!

Eine Drogenpolitik, die den Vorgaben von Vernunft und Humanität folgen will, wird für Menschen mit problematischen Konsummustern (im Sinne von Abhängigkeit und Krankheit), letztendlich nur durch eine enge Verbindung von Prävention durch glaubhafte und sachgerechte Aufklärung, ausstiegsorientierten Hilfen, Drogensubstitution und weiteren Gesundheitshilfen für Drogenkranke erfolgreich sein.

Um die Kriminalisierung von DrogengebraucherInnen zu beenden, treten wir für eine Änderung des Betäubungsmittelrechts im Sinne einer deutlichen Liberalisierung ein.

Unser Ziel ist ein humanes und fachlich überzeugendes Konzept, welches abhängigen Betroffenen eine grundsätzliche Perspektive für den Ausstieg aus der Sucht ermöglicht.

Ein wichtiger Unterpunkt der Ausgrenzung von DrogenkonsumentInnen durch Diskriminierung und Kriminalisierung ist die Anwendung des Fahrerlaubnisrechts gegen DrogenkonsumentInnen auch ohne akut berauschte Teilnahme am Straßenverkehr:

Seit 1998 wird das Fahrerlaubnisrecht, vor allem gegenüber CannabiskonsumentInnen, zunehmend als »strafrechtliches« Mittel missbraucht: Während Alkohol und andere »harte« Drogen sich im Blut linear auf- und abbauen, baut sich Cannabis in Halbwertzeiten ab, so dass Restwerte auch nach langer Zeit seit dem letzten Konsum noch nachweisbar sind. Dieser Sachverhalt, und schwammige Vorgaben im Fahrerlaubnisrecht führen dazu, dass CannabisgebraucherInnen auch dann mit fährerscheinrechtlichen Maßnahmen (MPU, Drogenscreening, Führerscheinentzug) »bestraft« werden, wenn sie nicht unter Rauscheinwirkung am Straßenverkehr teilgenommen haben. Wir werden zu dieser Problematik aufklären, um wissenschaftlich nachvollziehbare THC (psychoaktiver Cannabiswirkstoff) -Grenzwerte für die Anwendung des Fahrerlaubnisrechts zu erreichen.

Daher treten wir ein für:

- die Regelversorgung von sogenannten »Schwerstabhängigen« mit Diamorphin/Heroin;
- ausreichende Konsumräume mit hygienischen Bedingungen;
- ausreichende und bedarfsorientierte psychosoziale Begleitung und Betreuung von Rauschmittelabhängigen auf freiwilliger (!) Behandlungsgrundlage;

- niedrigschwellige und akzeptanzorientierte Drogenhilfe;
- mehr Finanzmittel des Landes für psychosoziale Beratungs- und Betreuungsstellen und eine deutlich bessere Unterstützung für Nachsorge-Projekte und Selbsthilfegruppen: Entwicklung und Ausbau von Rechts- und Sozialberatung, sowie vor allem Ausbau der Hilfe zur Wiedereingliederung in Beruf und Ausbildung und die Förderung von Arbeitsprojekten;
- Entkriminalisierung von DrogenkonsumentInnen durch Festlegung geringer Mengen, bei denen kein Strafverfahren eingeleitet wird;
- nachvollziehbare THC-Grenzwerte auf wissenschaftlich gesicherter Grundlage für die Teilnahme am Straßenverkehr;
- die Regulierung des derzeitigen völlig »freien« Drogenmarktes durch eine Bundesratsinitiative oder ein hessisches Modellprojekt für Cannabis, welches den Besitz, Erwerb, Anbau und Handel unter Berücksichtigung des Jugendschutzes legalisiert;
- mittel- und langfristig: die Entwicklung eines Modells von Drogenfachgeschäften, wo dann weitere z. Zt. illegalisierten Substanzen verkauft werden können;
- Einführung einer Unterrichtseinheit »Genuss- und Rauschmittelkunde« an den Hessischen Schulen als Teil einer glaubhaften Prävention durch objektive Aufklärung über mögliche Folgen des Drogenkonsums.

# 10 Punkte für ein ökologisches Hessen: Mensch, Tier und Natur vor Profit!

1.
  - Biologisch dynamischen Ackerbau nach den Richtlinien der Öko-Anbau-Verbände sowie biologisch dynamischen Waldbau fördern.
  - Den Raubbau an hessischen Wäldern und deren Privatisierung stoppen.
  - Den Anbau von genmanipulierten Pflanzen und Hybridtechnik verhindern.
  - Keinen Monokulturanbau, um Biogasanlagen zu betreiben oder Biodiesel zu erzeugen
  - Die Artenvielfalt erhalten
  - Die regionale Vermarktung vorantreiben
  - Erhalt und Förderung der Streuobstwiesen
2.
  - Massentierhaltung zur industriellen Fleischproduktion entgegenreten
  - Artengerechte Tierhaltung fördern
  - Trophäenkult mittels des Jagdgesetzes unterbinden
  - Einführung einer gesetzlichen Krankenversicherung der Haustiere auf solidarischer Basis
  - Unnötige Tierversuche, insbesondere zum Test kosmetischer Produkte verbieten
3.
  - Kochs Innovationsverweigerung bezüglich erneuerbarer Energien beenden
  - Solardächer und Wärmedämmung an Fassaden
  - Null-Energie-Häuser und Plus-Energie-Häuser
  - Ein kernenergiefreies Hessen verwirklichen
  - Biblis A sofort stilllegen
  - In erneuerbare Energien und Energieeinsparprogramme investieren, um klimaschädliche CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken
  - Energieeffizienzsteigerungen erforschen
  - Den Bau des Steinkohlekraftwerksblocks Staudinger VI in Großkrotzenburg stoppen
  - Regenerations-Energieträger sowie Kraft-Wärme-Koppelungen in öffentlichen Gebäuden des Landes Hessen umfassend einbauen
  - Pilotprojekte zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes finanziell fördern
  - Ressourcenschutz statt Wegwerfkultur, durch Sekundärrohstoffgewinnung bei intensiverer Mülltrennung
4.
  - Kein weiterer Ausbau von Regionalflughäfen wie Kassel-Calden
  - Für das Nachflugverbot
  - Gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens
  - Gegen die Subventionierung und gegen die Steuerbefreiung des Flugverkehrs
  - Ausbau von Bus und Bahn statt weiterer Straßenausbau
  - Für ein BürgerInnenticket unter pauschaler Umlegung der Fahrpreise mit Härtefallregelung, nach dem Vorbild des Semestertickets für Studenten
  - Ausbau des Schienengüterverkehrs
  - Förderung von Forschung und Entwicklung alternativer Antriebssysteme für Pkws, Lkws, Busse und Motorräder
5.
  - Feuchtbiotope sowie Erholungs- und Grünflächen vor allem in Wohnbereichsnähe und Innenstädten ausbauen
  - Optimierung des Naturschutzgesetzes
  - Wiederherstellung der Landschaftsschutzgebiete wie z.B. Taunus und Westerwald
  - Ausweisung der von der EU geforderten »Natur 200 Gebiete« und Einrichtung von Nationalparks
6.
  - Ausrüstung hessischer Kläranlagen mit einer Nachklärstufe zur Abtötung von Bakterien zur Verbesserung der Wasserqualität unserer Flüsse und Bäche, um Badewasserqualität zu erreichen
7.
  - Untersuchungsprogramm zur Luftschadstoffbelastung öffentlicher Gebäude, insbesondere Schulen bezüglich der Ausdunstung gesundheitsschädlicher Stoffe aus Baumaterialien wie z.B. PCB
8.
  - Den Umweltschutz in der hessischen Verfassung konkretisieren, auch gegen die Interessen der Großkonzerne
9.
  - Anlegung naturnaher Auen und Überschwemmungspolder um Spitzenwerte von Hochwasserwellen zu senken
  - Keine Bebauung von Überschwemmungsgebieten
  - Die Fluss- und Bachläufe müssen zum Hochwasserschutz wieder in den Ursprungszustand zurückversetzt werden. Flussbegradigungen müssen zurückgebaut werden.
10.
  - Kochs Betonpolitik und die Zerstörung unserer Lebensgrundlage für den Profit stoppen!
  - Der fortschreitenden Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Versorgungsbetriebe entgegenzutreten. und rekommunalisieren
  - Rückführung der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum





DIE LINKE will den Politikwechsel für soziale Gerechtigkeit  
in Hessen. Am 27. Januar 2008 DIE LINKE wählen:  
Nur eine starke Fraktion der LINKEN kann eine Koch-Regierung  
verhindern! Prüfen Sie unsere Positionen, sprechen Sie mit uns,  
lernen Sie uns kennen: DIE LINKE. Landesverband Hessen,  
Große Seestraße 29, 60486 Frankfurt, Telefon 069/706502  
**[www.die-linke-hessen.de](http://www.die-linke-hessen.de)**